



An den Grossen Rat

13.5233.01

Finanzkommission
Basel, 3. Juni 2013

Kommissionsbeschluss vom 30. Mai 2013

Bericht der Finanzkommission zur Staatsrechnung 2012

und

Mitbericht der Bildungs- und Kulturkommission zur Rechnung 2012 der fünf kantonalen Museen

Inhalt

1.	AUFTRAG UND VORGEHEN	4
2.	DIE STAATSRECHNUNG 2012	5
2.1	Überblick	5
2.2	Ertrag	7
2.3	Aufwand	9
2.4	Ordentlicher Nettoaufwand	11
2.5	Investitions- und Finanzierungsrechnung	11
2.6	Verschuldung und Bilanzkennzahlen	13
2.7	Prüfung der Finanzkontrolle	14
3.	EINSCHÄTZUNG DER FINANZKOMMISSION	16
3.1	Personal	17
3.2	Auswirkungen der Eröffnungsbilanzen der Spitäler auf die Staatsbilanz	17
3.3	Einfluss auf den Kanton durch exogene Faktoren	18
4.	FESTSTELLUNGEN ZU EINZELNEN DEPARTEMENTEN	20
4.1	Präsidialdepartement	20
4.1.1	Staatskanzlei	20
4.1.2	Aussenbeziehungen des Kantons	21
4.2	Bau- und Verkehrsdepartement	22
4.2.1	Abschreibungsplafonierung bei den BVB	22
4.2.2	Umsetzung Gegenvorschlag zur Städteinitiative	23
4.2.3	Stadtgärtnerei	23
4.3	Erziehungsdepartement	24
4.3.1	Ferien- und Überzeitguthaben	24
4.3.2	St. Jakobshalle	25
4.4	Finanzdepartement	25
4.4.1	Projekt Systempflege	26
4.4.2	Kantonale Inkassostelle	26
4.5	Gesundheitsdepartement	27
4.5.1	Eröffnungsbilanzen der öffentlichen Spitäler	28
4.5.2	Jahresergebnis 2012 des USB	29
4.5.3	Neue Spitalfinanzierung	29
4.6	Justiz- und Sicherheitsdepartement	30
4.6.1	Zeitguthaben	31
4.6.2	Rekrutierungskosten Kantonspolizei	31
4.6.3	Stiftungsaufsicht beider Basel	33
4.6.4	Motorfahrzeug-Prüfstation beider Basel	33
4.7	Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt	33
4.7.1	Sozialhilfe	34
4.8	Gerichte	35
4.9	Parlament	36
4.10	Regierungsrat	36
5.	ANTRAG	37
	GROSSRATSBESCHLUSS	38

Abkürzungen

Abs.	Absatz
Abw.	Abweichung
AVIG	Arbeitslosenversicherungsgesetz
BKB	Basler Kantonalbank
BVB	Basler Verkehrs-Betriebe
bzw.	beziehungsweise
CHF	Schweizer Franken
Dep.	Departement
FER	Fachempfehlungen zur Rechnungslegung
FMH	Verbindung der Schweizer Ärztinnen und Ärzte
FPS	Felix Platter-Spital
GAAP	Generally Accepted Accounting Principles
HR	Human Resources
HRM	Harmonisiertes Rechnungsmodell
IPSAS	International Public Sector Accounting Standards
IT	Informationstechnik
IV	Invalidenversicherung
IWB	Industrielle Werke Basel
Mio.	Million(en)
Mrd.	Milliarde(n)
NFA	Neugestaltung des Finanzausgleiches und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (<i>Projektbezeichnung</i>)
ONA	Ordentlicher Nettoaufwand
ÖSpG	Gesetz über die öffentlichen Spitäler des Kantons Basel-Stadt
ÖV	Öffentlicher Verkehr
PK	Pensionskasse
PKBS	Pensionskasse Basel-Stadt
SNB	Schweizerische Nationalbank
UPK	Universitäre Psychiatrische Kliniken
USB	Universitätsspital Basel
vgl.	vergleiche
ZID	Zentrale Informatikdienste
ZPD	Zentraler Personaldienst

1. Auftrag und Vorgehen

Die Finanzkommission des Grossen Rats legt dem Grossen Rat gemäss § 37 Abs. 1 und § 68 Abs. 1 des Gesetzes über die Geschäftsordnung des Grossen Rates (GO) jeweils einen schriftlichen Bericht zur Staatsrechnung des Kantons Basel-Stadt vor. Die Sachkommissionen des Grossen Rats haben die Möglichkeit, Mitberichte zu verfassen.

Im vorliegenden Bericht fasst die Finanzkommission ihre wichtigsten Erkenntnisse zur Staatsrechnung 2012 zusammen. Die Bildungs- und Kulturkommission hat ihr einen Mitbericht zur Rechnung 2012 der fünf kantonalen Museen zukommen lassen (vgl. Anhang). Die übrigen Sachkommissionen haben auf Mitberichte verzichtet.

Zur Prüfung der Staatsrechnung 2012 hat die Finanzkommission am 21. und 22. März 2013 eine zweitägige Klausur abgehalten. Für Erläuterungen standen ihr Eva Herzog (Vorsteherin Finanzdepartement), Peter Schwendener (Leiter Finanzverwaltung) und Kaspar Sutter (Generalsekretär Finanzdepartement) zur Verfügung. Die Finanzkontrolle, vertreten durch Daniel Dubois (Leiter) und Dieter von Allmen (stellvertretender Leiter), präsentierte der Kommission ihre Revisionsfeststellungen. Darauf sowie auf dem Vorabdruck des Jahresberichts 2012 und den sechsstelligen Kontopositionen der Laufenden Rechnung aller Dienststellen basierend liess die Finanzkommission allen Departementen einen Fragenkatalog zukommen. Nach Erhalt der schriftlichen Antworten führte sie zwischen dem 15. bis 22. April 2013 mit allen Departementen ein Hearing durch. Sie dankt den Mitgliedern des Regierungsrats, den Beteiligten aus der Verwaltung sowie der Finanzkontrolle für die gute Zusammenarbeit.

Bei der Ausarbeitung des vorliegenden Berichts setzte sich die Finanzkommission wie folgt zusammen (mit Departementsverantwortlichkeit):

Patrick Hafner	Präsident
Elisabeth Ackermann	Vizepräsidentin; Finanzdepartement
Mustafa Atici	Gesundheitsdepartement
Peter Bochsler	Finanzdepartement
Patricia von Falkenstein	Dep. für Wirtschaft, Soziales und Umwelt
Eveline Rommerskirchen	Bau- und Verkehrsdepartement
Michel Rusterholtz	Justiz- und Sicherheitsdepartement
Tanja Soland	Erziehungsdepartement
Sabine Suter	Justiz- und Sicherheitsdepartement
Heinrich Ueberwasser	Präsidialdepartement und Gerichte
André Weissen	Erziehungsdepartement
Dieter Werthemann	Bau- und Verkehrsdepartement
Sarah Wyss	Gesundheitsdepartement
Niklaus Wunderle	Kommissionssekretär

Nicht mehr zurückgreifen konnte die Finanzkommission auf das profunde Wissen der im Februar 2013 erneut in die Kommission gewählten, im April 2013 aber leider verstorbenen Greta Schindler. Sie ist von Tanja Soland zuerst als Stellvertreterin und ab dem 22. Mai 2013 als offizielles Mitglied der Finanzkommission abgelöst worden.

2. Die Staatsrechnung 2012

2.1 Überblick

Die Staatsrechnung 2012 des Kantons Basel-Stadt ist die letzte nach dem Rechnungslegungsstandard HRM1 und gleichzeitig die erste ohne die per 1. Januar 2012 aus der kantonalen Verwaltung ausgegliederten öffentlichen Spitäler. Die Vergleichbarkeit zwischen den Rechnungen der Jahre 2011 und 2012 wird durch die Spitalauslagerungen erschwert. Deren Auswirkungen auf die Kennzahlen der kantonalen Rechnung sind in Kapitel 3 dargestellt. Auf die neue Rechnungslegung (HRM2 in Anlehnung an IPSAS) ist die Finanzkommission in ihrem Bericht zum Budget 2013 eingegangen. Sie dürfte dazu führen, dass sich auch die Rechnungen 2012 und 2013 nur bedingt werden vergleichen lassen.

*Ausgliederung der
Spitäler erschwert
Vergleich zum Vorjahr*

Die Laufende Rechnung 2012 des Kantons Basel-Stadt schliesst bei einem Ertrag von knapp CHF 3.8 Mrd. und einem Aufwand von CHF 3.6 Mrd. mit einem Überschuss von CHF 183.0 Mio. ab. Dies ist CHF 105.2 Mio. besser als im Budget erwartet. Die Rechnung 2011 verzeichnete einen Überschuss von CHF 217.3 Mio.

*Laufende Rechnung
CHF 183 Mio. im Plus*

Trotz Überschuss in der Laufenden Rechnung ist der Finanzierungssaldo tiefer als veranschlagt. Ist das Budget von einer Zunahme der Nettoschulden um CHF 95.0 Mio. ausgegangen, erhöhen sich diese effektiv um CHF 207.6 Mio. und liegen per Ende 2012 bei CHF 1'917.4 Mio. oder CHF 9'914 pro Kopf. Die Auswirkungen der Spitalauslagerungen (vgl. Kapitel 3) auf die Nettoschulden sind im Budget nicht berücksichtigt worden.

*Nettoschulden steigen
um über CHF 200 Mio.*

In Tabelle 2-1 sind die wichtigsten finanziellen Eckwerte der Staatsrechnung 2012 zusammen mit den Budget- und Vorjahreswerten dargestellt.

Tabelle 2-1: Finanzielle Eckwerte

in Mio. CHF	Rechnung 2012	Budget 2012 ²	Rechnung 2011	Abweichung Rechnung 2012 zu	
				Budget 2012 ²	Rechnung 2011
Ertrag ¹	3'782.4	3'662.0	4'629.8	3.3%	-18.3%
Aufwand ¹	3'599.4	3'584.2	4'412.5	0.4%	-18.4%
Saldo Laufende Rechnung	183.0	77.8	217.3	135.3%	-15.8%
+ Abschreibungen Verwaltungsvermögen	120.4	115.0	172.3	4.7%	-30.1%
+/- Veränderung zweckgebundenes Eigenkapital	61.9	20.6	36.2	200.5%	71.0%
Selbstfinanzierung	365.3	213.4	425.8	71.2%	-14.2%
./. Saldo Investitionsrechnung	572.8	308.4	326.4	85.7%	75.5%
Finanzierungssaldo	-207.6	-95.0	99.4	118.5%	n.a.
Selbstfinanzierungsgrad	63.8%	69.2%	130.4%		
Ordentlicher Nettoaufwand (ONA) ¹	2'405.4	2'441.9	2'425.2	-1.5%	-0.8%
Investitionsrechnung					
Ausgaben	256.9	277.7	312.0	-7.5%	-17.6%
Einnahmen	47.9	29.3	34.5	63.7%	38.8%
Nettoinvestitionen	209.1	248.4	277.5	-15.8%	-24.7%
Veränderung Darlehen / Beteiligungen Verwaltungsvermögen	91.4	60.0	48.9	52.3%	86.9%
Saldo Investitionsrechnung	572.8	308.4	326.4	85.7%	75.5%
Nettoschulden	1'917.4	1'904.0	1'709.8	0.7%	12.1%
Nettoschuldenquote	3.4%	3.4%	3.0%		

¹ Ohne interne Verrechnungen (Rechnung 2012: CHF 240.0 Mio.; Budget 2012: CHF 217.3 Mio.; Rechnung 2010: CHF 275.9 Mio.)

² Vom Grossen Rat verabschiedetes Budget inklusive einem beschlossenen Budgetpostulat

2.2 Ertrag

in Mio. CHF	Rechnung 12	Rechnung 11	Budget 12	Rechnung 12 / Rechnung 11	Rechnung 12 / Budget 12
Ertrag	3'782.4	4'629.8	3'662.0	-18.3%	3.3%

Der Kanton Basel-Stadt verzeichnet 2012 einen Ertrag (ohne interne Verrechnungen) von CHF 3'782.4 Mio., 18,3% weniger als im Vorjahr¹, aber 3.3% mehr als budgetiert. Der deutliche Minderertrag ist in erster Linie auf die Auslagerung der Spitäler zurückzuführen. Neben den aus diesem Grund massiv tieferen Entgelten (-58.9% auf noch CHF 474.5 Mio.) fallen auch die Steuereinnahmen (-3.5% auf CHF 2'511.9 Mio.), die Beiträge für eigene Rechnung (-14.8% auf CHF 276.0 Mio.), die Erträge aus Regalien und Konzessionen (-55.8% auf CHF 19.5 Mio.) und der Vermögensertrag (-2.8% auf CHF 257.7 Mio.) tiefer aus.

*Spitalauslagerungen
reduzieren Ertrag
deutlich*

Die Steuereinnahmen – der wichtigste Ertragspfeiler des Kantons – nehmen bei den juristischen Personen um CHF 94.6 Mio. ab, bei den natürlichen Personen um CHF 27.1 Mio. zu. Inklusive der um CHF 22.5 Mio. tieferen übrigen Steuererträge liegt der Gesamtertrag bei CHF 2'511.9 Mio.

*Steuereinnahmen
unter Vorjahr*

Beim Vergleich der Steuereinnahmen von juristischen Personen zum Vorjahr ist zu berücksichtigen, dass der Kanton 2011 einen ausserordentlichen Ertrag von CHF 42 Mio. aus Nach- und Strafsteuern verzeichnet hat. Zudem wurde der maximale Gewinnsteuersatz zwischen 2011 und 2012 – mit einem Effekt von rund CHF 24 Mio. – um einen Prozentpunkt gesenkt. Der konjunkturelle Effekt des Rückgangs dürfte bei knapp CHF 30 Mio. liegen. Das Budget war eindeutig zu optimistisch, weicht es doch vom realisierten Ertrag um CHF 58.9 Mio. oder 8.4% ab. Der Einfluss des starken Frankens auf die Ergebnisse vieler Firmen war zum Zeitpunkt der Budgetierung kaum vorhersehbar. Der Anteil des Steuerertrags von juristischen Personen am Gesamtsteuerertrag liegt deshalb so tief wie seit 2005 nicht mehr (vgl. Abbildung 2-1), ist im interkantonalen Vergleich aber immer noch hoch.

*Mehrere Gründe für
tiefere Steuerein-
nahmen von juristi-
schen Personen*

Erfreulich ist die weiterhin steigende Tendenz bei den Steuereinnahmen von natürlichen Personen. Während der Ertrag aus der Einkommenssteuer um CHF 52.1 Mio. gestiegen ist, fällt derjenige aus der Vermögenssteuer allerdings um CHF 10.4 Mio. tiefer aus – vermutlich eine Folge der Börsenentwicklung. Der Effekt der 2010 eingeführten strafflosen Selbstanzeige nimmt bei den natürlichen Personen kontinuierlich ab. Nach CHF 33.3 Mio. im ersten und CHF 26.0 Mio. im zweiten Jahr liegt der Ertrag in der Rechnung 2012 noch bei CHF 11.5 Mio.

*Steuereinnahmen von
natürlichen Personen
über Vorjahr*

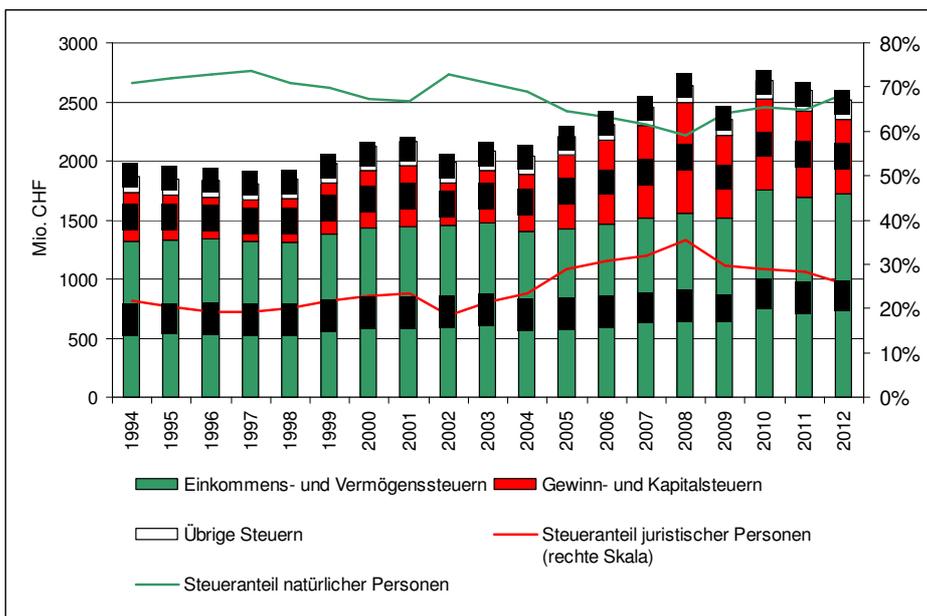
Der schwankende Anteil des Kantons an der Direkten Bundessteuer beträgt 2012 CHF 157.7 Mio., CHF 5.5 Mio. weniger als im Vorjahr. Der Ertrag aus dem soziodemographischen Lastenausgleich gemäss NFA steigt dafür um CHF 4.3 Mio. auf CHF 51.4 Mio. Insgesamt beläuft sich der Anteil des Kantons an Bundeseinnahmen auf CHF 219.4 Mio., 1.2% weniger als im Vorjahr. Die Gewinnausschüttung der Schweizerischen

*Anteil an Bundesein-
nahmen leicht rückläu-
fig – Gewinnanteil der
SNB über Erwartung*

¹ Sofern nicht anders vermerkt, beziehen sich alle Vergleichsangaben auf die Staatsrechnung 2011.

Nationalbank (SNB) liegt mit CHF 16.4 Mio. um CHF 24.6 Mio. unter dem Vorjahreswert; budgetiert war allerdings gar kein Ertrag.

Abbildung 2-1: Anteil der Steuerkategorien am Gesamtsteuerertrag



Anmerkung: Ab 2009 Steuereinnahmen brutto (ohne Verrechnung der Debitorenverluste von ca. CHF 40 bis 50 Mio.)

Mit einem Ertrag von 474.5 Mio. zweitwichtigste Ertragsgruppe sind die Entgelte – Erträge aus Leistungen, die der Kanton für Dritte oder im Auftrag von Dritten erbringt, Ersatzabgaben und Gebühren sowie Busseneinnahmen, Rückerstattungen von Privaten und Eigenleistungen für Investitionen. Weil nach der Auslagerung der Spitäler Spital- und Heimtaxen (2011 CHF 690.4 Mio.) sowie Verkaufserträge der Spitäler (2011 CHF 30.4 Mio.) entfallen, nehmen die Entgelte insgesamt um CHF 678.8 Mio. ab. Positiv ins Gewicht fallen die unter den übrigen Entgelten verbuchten, nicht budgetierten Aufwertungsgewinne infolge Neubewertung der Spitäler (vgl. Kapitel 4.5.1) in der Höhe von CHF 32.8 Mio. sowie die Wertberichtigung in Höhe von CHF 16.2 Mio. auf dem Dotationskapital der Schweizerischen Rheinhäfen aufgrund des Einbezugs der Hafentaxen der Schweizerischen Rheinhäfen auf der Schweizerischen Rheinbahn Schweiz AG. Nicht budgetiert werden die unter der Position Ersatzabgaben vereinnahmten Erträge aus Mehrwertabgaben, die 2012 mit CHF 15.2 Mio. ausserordentlich hoch waren. Auf den Saldo der laufenden Rechnung wirken sich diese nicht aus, werden sie doch auch auf der Aufwandseite als Einlage in Spezialfinanzierungen verbucht.

Auslagerung der Spitäler lässt Entgelte um über CHF 700 Mio. sinken

Der Vermögensertrag nimmt um CHF 7.5 Mio. auf CHF 257.7 Mio. ab. Der darunter fallende Liegenschaftsertrag nimmt beim Finanzvermögen um CHF 2.4 Mio. auf CHF 114.5 Mio. zu, beim Verwaltungsvermögen um CHF 2.5 Mio. auf CHF 1.5 Mio. ab. Positiv ins Gewicht fallen die (jeweils nicht budgetierten) Buchgewinne auf Anlagen im Finanzvermögen (+24.5% auf CHF 40.2 Mio.). Sie setzen sich zusammen aus einer Teilzahlung der Novartis Pharma AG über CHF 26.5 Mio. zu Gunsten des Projekts Campus Plus, CHF 8.9 Mio. aus dem Verkauf von Immobilien und CHF 4.3 Mio. aus Aufwertungsgewinnen. Die um CHF 16.2 Mio. un-

Buchgewinne auf Anlagen im Finanzvermögen höher, Gewinnablieferung der BKB tiefer

ter dem Vorjahr liegende Gewinnablieferung (inklusive Gewährsträgerabgeltung) der Basler Kantonalbank (BKB) lässt den Ertrag aus Beteiligungen im Verwaltungsvermögen trotz um CHF 1.7 Mio. höherem Ertragsanteil der Industriellen Werke Basel (IWB) um 14.6% auf CHF 94.1 Mio. sinken. Die Gewinn- bzw. Ertragsablieferungen von BKB und IWB erfolgen jeweils im Folgejahr. Diejenigen im Jahr 2012 haben sich also auf das Geschäftsjahr 2011 bezogen.

Der Rückgang um CHF 48.0 Mio. auf noch CHF 276.0 Mio. bei den Beiträgen für eigene Rechnung – Mittel, die der Kanton von Dritten mit einer bestimmten Zweckbindung erhält – geht ebenfalls auf die Spitalauslagerungen zurück. Die Abgeltung der Universität an das Universitätsspital Basel (USB) für dessen klinische Lehre und Forschung fliesst neu nicht mehr über die Rechnung des Kantons. Deshalb reduzieren sich die Beiträge von Eigenen Anstalten um über 95% auf noch CHF 3.2 Mio. Die Beiträge des Bundes und von anderen Kantonen und Gemeinden steigen hingegen um insgesamt CHF 16.0 Mio. Die Bundesbeiträge, die auch deutlich über Budget liegen, gehen zum einen auf den Berufsbildungsbereich zurück (CHF 2.3 Mio. mehr als budgetiert), zum anderen auf den Sozialbereich. Den Bundesbeiträgen für Ergänzungsleistungen und Prämienverbilligungen (CHF 5.0 Mio. über Budget) und für die Migration (CHF 4.8 Mio. über Budget) stehen entsprechende Mehraufwendungen gegenüber (vgl. Kapitel 2.3).

Höhere zweckgebundene Bundesbeiträge

2.3 Aufwand

in Mio. CHF	Rechnung 12	Rechnung 11	Budget 12	Rechnung 12 / Rechnung 11	Rechnung 12 / Budget 12
Aufwand	3'599.4	4'412.5	3'584.2	-18.4%	0.4%

Der Aufwand des Kantons (ohne interne Verrechnungen) nimmt zwischen 2011 und 2012 um CHF 813.1 Mio. ab – in erster Linie eine Folge der Spitalausgliederungen, aber auch der Rückstellungen für die anstehende dritte Sanierung der Pensionskasse. Die 2011 gebildeten Rückstellungen von CHF 146.0 Mio. sind 2012 teilweise wieder aufgelöst worden. Dies manifestiert sich im um CHF 59.6 Mio. unter Budget liegenden Personalaufwand. Gegenüber dem Vorjahr nimmt der Personalaufwand um 45.6% auf CHF 1'041.4 Mio. ab. Allein die Lohnsumme hat sich nach der Ausgliederung der Spitäler um CHF 554.1 Mio. reduziert.

Deutlich tieferer Aufwand wegen Spitalausgliederungen und Teilauflösung von PK-Rückstellungen

Der Sachaufwand sinkt gegenüber dem Vorjahr um CHF 256.5 Mio. oder 35.0%. Am markantesten reduziert sich mit 86.7% die Position Verbrauchsmaterialien, unter der bisher der medizinische Bedarf der Spitäler verbucht worden ist. Praktisch auf Vorjahresniveau liegt der Aufwand für den baulichen Unterhalt. Da für den Rückbau und die Neugestaltung des Hafens St. Johann nicht budgetierte Aufwendungen in der Höhe von CHF 26.3 Mio. entstanden sind, wird die Vorgabe allerdings um CHF 31.4 Mio. überschritten. Ebenfalls nicht budgetiert waren Rückstellungen für die Deckungslücke des Universitäts-Kinderspitals beider Basel (UKBB) bei der Pensionskasse Basel-Stadt (PKBS) in der Höhe von CHF 28.5 Mio. und der Abwertungsverlust von CHF 12.7 Mio. nach der Ausgliederung der Universitären Psychiatrischen Kliniken (UPK) (vgl. Kapitel 4.5.1). Der übrige Sachaufwand von CHF 47.7 Mio. weicht deshalb deutlich von den budgetierten CHF 5.6 Mio. ab.

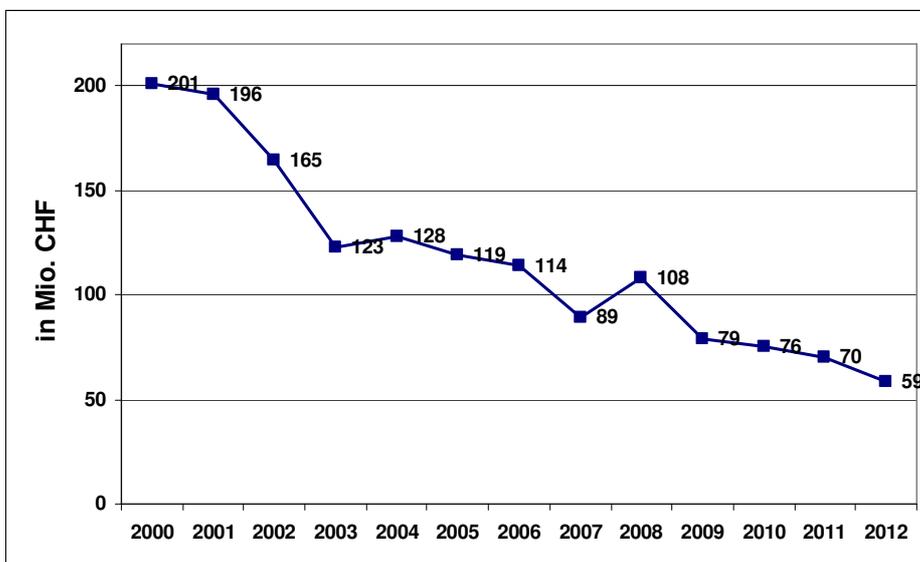
Grössere Spitalauslagerungseffekte auch bei Sachaufwand und Abschreibungen

Die um CHF 51.9 Mio. tieferen Abschreibungen im Verwaltungsvermögen gehen grösstenteils auf den Wegfall der Abschreibungen der Spitäler zurück, die 2011 CHF 45.0 Mio. betragen haben. Insgesamt hat der Kanton 2012 Abschreibungen in der Höhe von CHF 177.9 Mio. vorgenommen, leicht mehr als budgetiert.

Ein weiteres Mal zurück geht der Aufwand für Passivzinsen – von CHF 70.4 Mio. auf CHF 58.6 Mio. (vgl. Abbildung 2-2). Die relative Zinsbelastung, das Verhältnis der Finanzierungsausgaben zu den Steuer- und anderen Erträgen ohne Zweckbindung, hat seit dem Höchststand von 11.4% im Jahr 1997 sukzessive auf 2.1% abgenommen. Die Reduktion um einen Prozentpunkt in den letzten drei Jahren ist dabei weniger auf das anhaltend tiefe Zinsniveau, sondern vor allem auf den Schuldenabbau zurückzuführen.

Zinsaufwand sinkt weiter

Abbildung 2-2: Entwicklung des Zinsaufwands



Die Eigenen Beiträge – Betriebs- und Defizitbeiträge, Subventionen und Sozialleistungen an private Haushalte – nehmen gegenüber dem Vorjahr um 26.8% auf CHF 1'756.5 Mio. zu. Sie erreichen damit praktisch den budgetierten Wert und sind neu die grösste Aufwandskategorie des Kantons. Grund für den markanten Anstieg sind die aufgrund der neuen Spitalfinanzierung um 92.5% auf CHF 556.6 Mio. steigenden Aufwendungen auf der Position Eigene Anstalten. Der Kantonsbeitrag an stationäre Behandlungen sowie an gemeinwirtschaftliche und ungedeckte Leistungen der Spitäler beträgt CHF 275.2 Mio.

Spitalfinanzierung neu via Eigene Beiträge

Die vom Kanton (nach Rückvergütungen von Bund und Dritten) getragenen Sozialkosten steigen um 5.0% oder CHF 26.6 Mio. auf CHF 558.0 Mio. Dieser Anstieg liegt im Rahmen des Vorjahrs. Die stärkste Zunahme verzeichnen in absoluten Zahlen mit jeweils CHF 9.5 Mio. die Prämienverbilligungen (+15.2%) und die Ausgaben für die Sozialhilfe (+6.6%). Die Kosten der Pflegeheimfinanzierung steigen um CHF 8.8 Mio. (+8.8%), jene für die Behindertenhilfe um CHF 6.4 Mio. (+8.7%).

Sozialkosten netto 5% höher

Unter den Einlagen in Spezialfinanzierungen verbucht werden die im Jahr 2012 ausserordentlich hohen Einlagen in den Fonds Mehrwertabgabe von CHF 15.2 Mio. (vgl. auch Kapitel 2.2). Dieser Betrag war ebenso wenig budgetiert wie die vom Grossen Rat beschlossene einmalige Zuweisung von CHF 5 Mio. aus dem Fonds zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in den Standortförderungsfonds. Entsprechend steigen die Einlagen in Spezialfinanzierungen um CHF 18.2 Mio. oder 25.5%.

2.4 Ordentlicher Nettoaufwand

in Mio. CHF	Rechnung 12	Rechnung 11	Budget 12	Rechnung 12 / Rechnung 11	Rechnung 12 / Budget 12
Ordentlicher Nettoaufwand	2'405.4	2'425.2	2'441.9	-0.8%	-1.5%

Der Ordentliche Nettoaufwand (ONA) ist die wichtigste finanzielle Steuerungsgrösse des Regierungsrats. Er stellt als Saldo aus Aufwand und Ertrag je Dienststelle oder Departement die strukturelle Ausgabenentwicklung dar. Allerdings wird die Beurteilung dieser Entwicklung zumindest auf Ebene Gesamtkanton in aller Regel durch Sonderfaktoren erschwert.

Der ONA liegt 2012 inklusive Sonderfaktoren um CHF 36.5 Mio. unter dem Budget. Unter Berücksichtigung der beiden einmaligen Effekte „Reduktion Rückstellung Pensionskasse Arbeitgeberbeitrag“ um CHF 44.4 Mio. sowie „Erhöhung Rückstellung Pensionskasse Institutionen“ um CHF 28.7 Mio. unterschreitet er die Vorgabe noch um CHF 20.8 Mio. Die Departemente haben ihre Budgets um insgesamt CHF 19.3 Mio. unterschritten. Gegenüber dem Vorjahr sinkt der ONA unbereinigt um Sonderfaktoren um CHF 19.8 Mio.

*ONA mit und ohne
Sonderfaktoren
unter Budget*

2.5 Investitions- und Finanzierungsrechnung

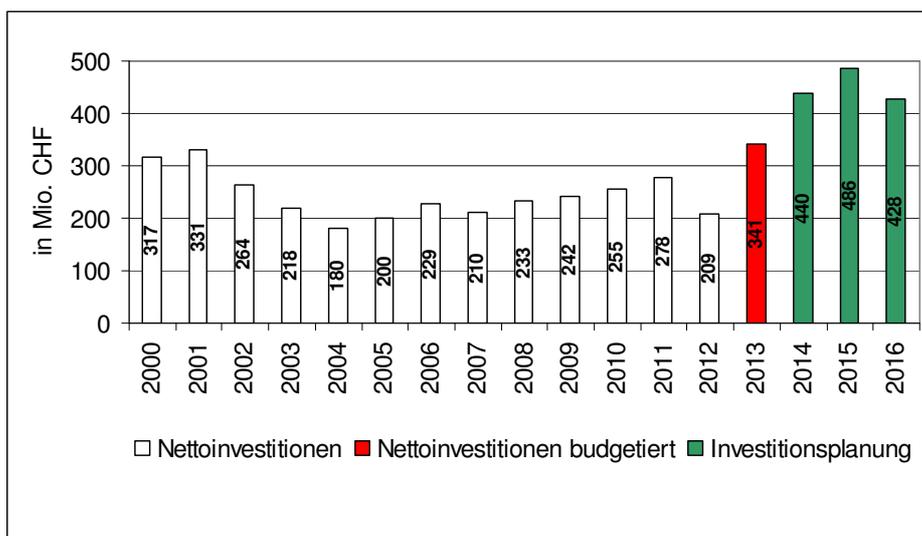
in Mio. CHF	Rechnung 12	Rechnung 11	Budget 12	Rechnung 12 / Rechnung 11	Rechnung 12 / Budget 12
Nettoinvestitionen	209.1	277.5	248.4	-24.7%	-15.8%

Die Nettoinvestitionen ins Verwaltungsvermögen belaufen sich bei Ausgaben von CHF 256.9 Mio. und Einnahmen von CHF 47.9 Mio. auf CHF 209.1 Mio. – ein Viertel weniger als im Jahr zuvor und auch deutlich weniger als budgetiert. Die Unterschreitung des Budgets begründet sich in nicht oder nur in reduziertem Umfang umgesetzten Vorhaben. Die Investitionen der Spitäler ausgeklammert sind die Nettoinvestitionen allerdings um CHF 11.1 Mio. höher als 2011. Die Investitionsplanung für die nächsten Jahre sieht deutlich höhere Ausgaben vor (vgl. Abbildung 2-3).

Nettoinvestitionen unter Budget und Vorjahr

Die durch die Auslagerung der Spitäler ausgelösten Umbuchungen (vgl. Kapitel 3) erhöhen den Saldo der Investitionsrechnung um CHF 272.4 Mio. auf vergleichsweise hohe CHF 572.8 Mio. Massgebend dafür sind die Ausgaben von CHF 363.8 Mio. auf der Position „Veränderungen von Darlehen, Beteiligungen und Umwidmungen“.

Abbildung 2-3: Nettoinvestitionen ins Verwaltungsvermögen



Bis 2009 Nettoinvestitionen über 300'000 CHF gemäss Investitionsübersichtsliste; ab 2010 Saldo Investitionsrechnung inklusive Kleininvestitionen bis 300'000 CHF; ab 2012 ohne Nettoinvestitionen der verselbständigten Spitäler.

Grösstes Einzelvorhaben ist wie bereits im Vorjahr der Neubau für die Hochschule für Gestaltung und Kunst auf dem Dreispitz. Der Kanton hat CHF 12.8 Mio. an Bruttoausgaben von CHF 14.3 Mio. beigesteuert. In temporäre Schulbauten hat er CHF 12.3 Mio., in die Verlängerung der Tramlinie 8 nach Weil am Rhein CHF 7.9 Mio. (von brutto CHF 9.7 Mio.) und in den Erweiterungsbau des Kunstmuseums CHF 4.2 Mio. (von brutto CHF 7.3 Mio.) investiert. Zu den grössten Investitionsvorhaben gehören weiter die Sanierungen der Turn- und Schwimmhalle an der Rittergasse und des Brunnmattschulhauses. Stark ins Gewicht fallen wie üblich die Ausgaben aus den Rahmenkrediten für Gleisanlagen (CHF 19.4 Mio.) und die Strasseninfrastruktur (CHF 10.8 Mio.).

Neubau für Hochschule für Gestaltung und Kunst grösstes Einzelvorhaben

Während die budgetierten Ausgaben von CHF 28.0 Mio. im Investitionsbereich Öffentlicher Verkehr um lediglich CHF 0.4 Mio. unterschritten bleiben, verfehlen die Bereiche Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur, Bildung und Übrige das Budget bei Ausschöpfungsquoten zwischen 68.2% und 87.2% deutlich. 2012 aufgehoben worden ist der Investitionsbereich Gesundheit, da die Spitäler ihre Investitionen nach der Verselbständigung selbst tragen.

Unterschiedliche Ausschöpfung der Investitionsplafonds

Der Selbstfinanzierungsgrad liegt mit 63.8% deutlich unter der Schwelle von 100%. Dies bedeutet, dass der Kanton seine Investitionen 2012 nicht vollständig aus eigenen Mitteln finanziert hat. Auch dieser deutlich unter dem Vorjahr liegende Wert ist auf die Auslagerung der Spitäler zurückzuführen. Ohne die mit der Auslagerung verbundenen Umbuchungen (vgl. Kapitel 3) läge der Selbstfinanzierungsgrad nur leicht unter dem Vorjahreswert von 130%.

Spitalauslagerungen lassen Selbstfinanzierungsgrad unter 100% sinken

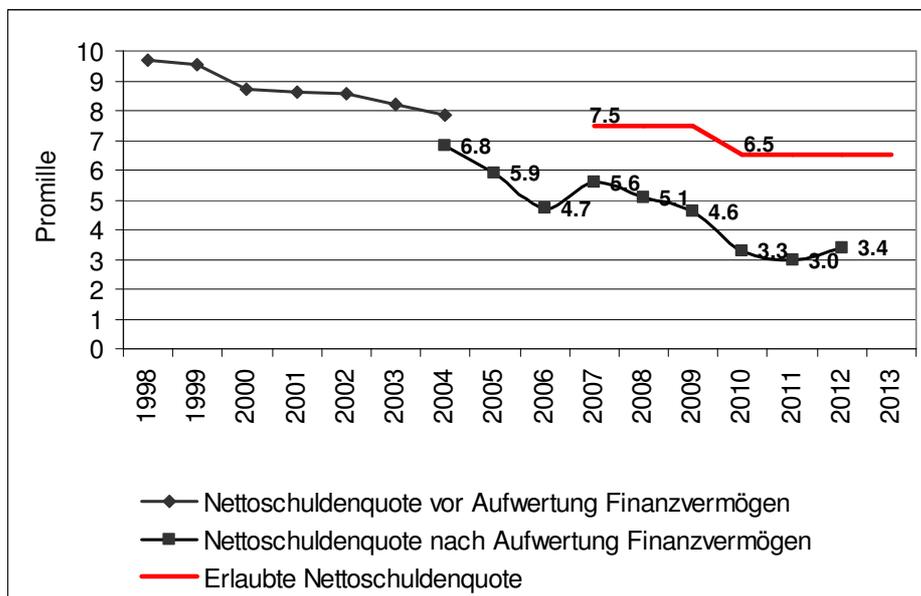
2.6 Verschuldung und Bilanzkennzahlen

in Mio. CHF	Rechnung 12	Rechnung 11	Budget 12	Rechnung 12 / Rechnung 11	Rechnung 12 / Budget 12
Nettoschulden	1'917.4	1'709.8	1'904.0	12.1%	0.7%
Nettoschuldenquote	3.4‰	3.0‰	3.4‰		

Die Nettoschulden des Kantons (Bruttoschulden abzüglich Finanzvermögen) erhöhen sich um den negativen Finanzierungssaldo von CHF 207.6 Mio. Die für die Schuldenbremse massgebende Nettoschuldenquote (Nettoschulden im Verhältnis zum Schweizer Bruttoinlandprodukt) steigt von 3.0 auf 3.4 Promille, verbleibt aber klar unter dem Wert von 6.5 Promille, ab dem die Schuldenbremse gemäss § 4 Finanzhaushaltsgesetz Anwendung finden würde (vgl. Abbildung 2-4).

Buchhalterischer Nachvollzug der Spitalausgliederungen führt zu Anstieg der Nettoschulden

Abbildung 2-4: Entwicklung Nettoschuldenquote



Der Anstieg von Nettoschulden und Nettoschuldenquote geht auf den buchhalterischen Nachvollzug der Ausgliederung der dem Kanton gehörenden Spitäler USB, UPK und Felix Platter-Spital (FPS) aus der kantonalen Verwaltung per 1. Januar 2012 zurück (vgl. Kapitel 3). Sonst hätte der Finanzierungssaldo ein positives Vorzeichen gehabt und die Nettoschulden wären um CHF 64.8 Mio. gesunken.

Deutlich gesunken sind im Berichtsjahr die Rückstellungen in der Laufenden Rechnung – nämlich von CHF 360.2 Mio. auf CHF 229.0 Mio. Hauptgrund ist die gute Performance der PKBS. Die PK-Rückstellungen haben sich aufgrund der kleiner gewordenen Deckungslücke im Bereich Staat per 31. Dezember 2012 von CHF 115.2 Mio. auf CHF 35.0 Mio. reduziert. Bereits per 1. Januar 2012 gingen von den vorherigen Rückstellungen von CHF 146.0 Mio. CHF 30.8 Mio. an die ausgelagerten Spitäler über. Eine Anpassung der versicherungstechnischen Grundlagen aufgrund der gestiegenen Lebenserwartung der PK-Rentner führte im Gegenzug zu einem neuen arbeitgeberseitigen Rückstellungsbedarf von

PK-Rückstellungen teilweise wieder aufgelöst

CHF 35.8 Mio. Netto reduzieren sich die Rückstellungen auf der Position „PK-Sanierungsbeitrag Arbeitgeber Staat“ um CHF 44.5 Mio. exklusive resp. um CHF 75.3 Mio. inklusive des an die Spitäler abgetretenen Anteils. Parallel dazu sind auch die Rückstellungen auf der Position „PK-Sanierungsbeitrag Arbeitgeber Institutionen“ von CHF 49.3 Mio. auf CHF 30.0 Mio. gesunken.

Bei den Rückstellungen für Ferien- und Überzeitguthaben ist eine Abnahme von CHF 22.2 Mio. auf CHF 98.9 Mio. zu konstatieren. Unter Berücksichtigung der per 1. Januar 2012 an die Spitäler abgetretenen Guthaben in der Höhe von CHF 30.7 Mio. haben diese Rückstellungen aber um CHF 8.4 Mio. zugenommen. An die UPK übergegangen sind die Rückstellungen von CHF 6.0 Mio. für Kosten an ein Forschungsprojekt der Europäischen Union, an das USB jene von CHF 0.8 Mio. für Arbeitgeberbeiträge und Honorare aus privatärztlicher Tätigkeit. Um CHF 7.6 Mio. abgenommen haben schliesslich die Rückstellungen für Altlastensanierungen.

*Rückstellungen für
Zeitguthaben auch
2012 gestiegen*

Das Eigenkapital des Kantons liegt per Ende 2012 mit CHF 1,7 Mrd. um CHF 240.4 Mio. über dem Vorjahreswert. In erster Linie geht der Anstieg auf den Gewinnvortrag aus der Laufenden Rechnung, die nochmals höhere Neubewertung der Renditeliegenschaften sowie den planmässigen Abbau der Spezialfinanzierung für die PK-Ausfinanzierung zurück. Die Eigenkapitalquote des Kantons beträgt per Ende 2012 24.8%.

Höheres Eigenkapital

2.7 Prüfung der Finanzkontrolle

Die Finanzkontrolle hat die Staatsrechnung 2012 gemäss § 3 des Finanz- und Verwaltungskontrollgesetzes geprüft und am 13. Mai 2013 ihren detaillierten Erläuterungsbericht zuhanden der Finanzkommission und des Regierungsrats verabschiedet. Sie attestiert den verantwortlichen Organen auf Departements- und Dienststellenebene eine ordnungs- und rechtmässige Rechnungsführung. Aufgrund des qualitativ sehr guten Abschlusses macht sie weniger Revisionsbemerkungen als in früheren Jahren. Die Finanzkontrolle empfiehlt denn auch, die Staatsrechnung 2012 ohne Einschränkungen zu genehmigen. Ihr Bestätigungsbericht findet sich auf Seite 136 des Jahresberichts des Regierungsrats.

*Finanzkontrolle emp-
fiehlt Genehmigung
der Staatsrechnung*

Wie schon im Vorjahr stellt die Finanzkontrolle fest, dass das Finanzdepartement seine Bilanzmedienkonferenz deutlich vor Abschluss der Revisionsarbeiten abgehalten hat – also ohne vorliegenden Revisionsbericht. Mit Einführung der neuen Rechnungslegung HRM2 / IPSAS gilt es aus Sicht der Finanzkontrolle, das Zusammenspiel zwischen Finanzdepartement und Finanzkontrolle in diesem Punkt zu verbessern. Die Finanzkommission wiederholt ihre bereits im Bericht zur Staatsrechnung 2011 gemachte Forderung, für dieses Problem nach einer Lösung zu suchen. Sie erwartet vom Finanzdepartement einen Vorschlag.

*Bilanzmedienkonfe-
renz vor Abschluss
der Revisionsarbeiten*

Kritisch merkt die Finanzkontrolle an, dass der Kanton die mit der Umstellung auf eine neue Sterbetafel verbundene Erhöhung der PK-Rückstellungen im Bereich Staat im Abschluss 2012 vorgenommen hat, die PKBS dasselbe aber erst in ihrer Rechnung 2013 zu tun gedenkt.

*Buchung von PK-
Rückstellungen bei
Kanton und PKBS
nicht synchron*

Aus ihrer Sicht hat der Kanton richtig gehandelt. In Zukunft sollte aber sichergestellt werden, dass solche Buchungen bei Kanton und PKBS im gleichen Jahr erfolgen.

Keinen Rückstellungsbedarf für den Kanton ortet die Finanzkontrolle aufgrund der „ASE-Affäre“ bei der BKB. Deren Reserven für allgemeine Bankrisiken sind ausreichend gross. Die BKB hat diese in den letzten Jahren jeweils mit CHF 100 Mio. pro Jahr geäuft und 2012 daraus aufgrund der Affäre CHF 50 Mio. zurückgestellt.

Kein Rückstellungsbedarf wegen Vorfällen bei BKB und IWB

Ebenfalls kein Rückstellungsbedarf besteht für den Kanton aufgrund der Unsicherheit betreffend Bewertung des Stromnetzes der IWB. Nach Eröffnung eines Verfahrens durch die Eidgenössische Elektrizitätskommission (ElCom) im Jahr 2010 mussten die IWB im schlimmsten Falle mit einer Abwertung ihres Stromnetzes um CHF 340 Mio. rechnen. Ein Urteil des Bundesgerichts in einem ähnlich gelagerten Fall hat nun das Risiko deutlich reduziert. Überdies verfügten die IWB über genügend Reserven, um einen Abwertungsverlust über das Eigenkapital zu decken.

Bei den Basler Verkehrs-Betrieben (BVB) stellt die Finanzkontrolle auch 2012 steigende Abschreibungs- und Zinsplafonierungen fest (vgl. Kapitel 4.2.1). Diesen Beträgen, die sich per Ende 2012 auf CHF 26.8 Mio. summieren, stehen gemäss Finanzkontrolle keine Aufwendungen gegenüber. Die Abgeltungen des Kantons an die BVB waren in der Vergangenheit aus ihrer Sicht zu hoch.

Steigende Abschreibungs- und Zinsplafonierungen bei den BVB

3. Einschätzung der Finanzkommission

„Unspektakulär“ – so wurde die Staatsrechnung 2012 sowohl vom Finanzdepartement als auch von der Finanzkontrolle qualifiziert. Damit war wohl in erster Linie gemeint, dass die Rechnung positiv und weitgehend wie erwartet ausgefallen ist. Diese Feststellung ist erfreulich. Die Finanzkommission teilt diese Ansicht und verbindet damit eine entsprechende Anerkennung an Regierungsrat und Verwaltung: Es ist nicht selbstverständlich, dass eine so komplexe Organisation weitgehend reibungsfrei und innerhalb der vorgesehenen Kosten-Korridore funktioniert.

Ein Teil der Finanzkommission würde es befürworten, wenn gerade im Lauf von einigen „guten“ Jahren vermehrt und intensiver die Frage nach allfälligen Einsparungsmöglichkeiten gestellt würde. Die Fachwelt zweifelt zwar daran, dass sich ein demokratisches Staatswesen wirklich antizyklisch verhalten kann, die Finanzkommission ist aber mehrheitlich der Meinung, dass in guten Zeiten Vorsorge für schlechtere Zeiten getroffen werden sollte. Auch eine Veranstaltung der Schweizerischen Gesellschaft für Verwaltungswissenschaften (SGVW) unter dem Titel „Gibt es intelligentes Sparen?“² hat als greifbarstes Resultat diese Empfehlung hervorgebracht.

Nicht zuletzt darum hat die Finanzkommission alle Departemente gefragt, was in Hinsicht auf die mindestens einmal pro Legislatur durchzuführende „Generelle Aufgabenüberprüfung“ (GAP) unternommen wurde oder wird. Die entsprechenden Formulierungen im Finanzhaushaltgesetz (FHG) lauten:

§ 7. Generelle Aufgabenüberprüfung

1 Der Regierungsrat überprüft die kantonalen Tätigkeiten periodisch, mindestens ein Mal pro Legislaturperiode, auf ihre staatliche Notwendigkeit, ihre Wirksamkeit und die Effizienz ihrer Erbringung sowie auf die Tragbarkeit ihrer finanziellen Auswirkungen.

2 Er kann dabei Schwerpunkte vornehmen und orientiert sich an Vergleichsgrössen ausserhalb der kantonalen Verwaltung.

3 Der Regierungsrat unterbreitet dem Grossen Rat das Ergebnis der Prüfung zur Kenntnisnahme und veranlasst gegebenenfalls das Erforderliche.

Die Departemente antworteten einheitlich mit einem Verweis auf die Vorbereitungen des Finanzdepartements. Dieses erarbeite ein Konzept für die Generelle Aufgabenüberprüfung, welches die Frage beantworten solle, „wie der Gesetzauftrag umgesetzt werden soll“. Die Departemente würden „erst im Anschluss an das vom Regierungsrat genehmigte Konzept eng in die Prüfung einbezogen“. Die Finanzkommission ist gespannt auf die Resultate der Generellen Aufgabenüberprüfung. Eine Kommissionsmehrheit erlaubt sich den Hinweis darauf, dass das Gesetz auf „mindestens ein Mal pro Leistungsperiode“ und „kann Schwerpunkte vornehmen“ lautet. Die Regierung hat sich offenbar darauf verständigt, dass eine übergreifende Prüfung in der laufenden Legislaturperiode nur einmal stattfinden soll. Die Finanzkommission begrüsst vor diesem Hin-

² Frühjahrstagung der Schweizerischen Gesellschaft für Verwaltungswissenschaften SGVW vom 2. Februar 2013 unter dem Titel "Gibt es intelligentes Sparen? Finanzpolitische Handlungsalternativen in Zeiten knapper Kassen" mit Teilnahme von u.a. Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf.

tergrund umso mehr, dass sich die einzelnen Departemente laufend um Effizienzsteigerungen und Kostensenkungen bemühen.

3.1 Personal

Die Finanzkommission stellt fest, dass sich der Headcount des Kantons – unter Herausrechnung der Effekte der Spitalauslagerung – einmal mehr substantiell erhöht hat. Lediglich das Bau- und Verkehrsdepartement weist einen etwas geringeren Headcount auf, das Justiz- und Sicherheitsdepartement einen praktisch gleich gebliebenen.

*Stellen- und
Personalstatistik*

Tabelle 3-1: Stellen- und Personalstatistik

Departement	Personal-Plafond (Budget)			Headcount per 31.12. (Rechnung)		
	2011	2012	Abw.	2011	2012	Abw.
Präsidialdepartement	391.0	394.9	+3.9	378.7	388.6	+9.9
Bau- und Verkehrsdepartement	915.2	931.0	+15.8	917.3	904.9	-12.4
Erziehungsdepartement	2'971.0	3'052.9	+81.9	2'986.7	3'066.1	+79.4
Finanzdepartement	487.4	493.0	+5.6	472.2	476.6	+4.4
Gesundheitsdepartement	5'186.1	305.0	-4'881.1	5'172.0	291.0	-4'881.0
<i>davon Departement</i>	<i>306.1</i>	<i>305.0</i>	<i>-1.1</i>	<i>288.4</i>	<i>291.0</i>	<i>+2.6</i>
<i>davon Spitäler</i>	<i>4'880.0</i>	<i>0.0</i>	<i>-4880.0</i>	<i>4'883.6</i>	<i>0.0</i>	<i>-4'883.6</i>
Justiz- und Sicherheitsdepartement	1'611.2	1'630.0	+18.8	1'573.1	1'572.0	-1.1
Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt	639.75	678.17	+38.42	618.58	657.93	+39.35
Behörden und Parlament	36.5	38.8	+2.3	35.7	38.3	+2.6
Gerichte	235.4	239.0	+3.6	234.8	236.3	+1.5
Total	12'473.55	7'762.77	-4'710.78	12'389.08	7'631.73	-4'757.35
<i>ohne Spitäler</i>	<i>7'593.55</i>	<i>7'762.77</i>	<i>+169.22</i>	<i>7'505.48</i>	<i>7'631.73</i>	<i>+126.25</i>

Die Finanzkommission hat auch anlässlich dieses Berichts bei allen Departementen nach dem Stand der Ferien- und Überzeitguthaben gefragt. Diese liegen je nach Departement unterschiedlich hoch, generell aber zu hoch, wobei es in einzelnen Departementen Sonderfaktoren zu berücksichtigen gilt (vgl. Kapitel 4.3.1 und 4.6.1).

*Ferien- und
Überzeitguthaben*

Das Management dieser Guthaben ist in allen Departementen als Führungsthema erkannt. Die Finanzkommission wird den jeweiligen Stand der Ferien- und Überzeitguthaben auch in Zukunft im Auge behalten.

3.2 Auswirkungen der Eröffnungsbilanzen der Spitäler auf die Staatsbilanz

Die Ausgliederung der Spitäler aus der kantonalen Verwaltung hat substantielle Auswirkungen auf die Bilanz des Kantons. Während der Anteil der Spitäler an der Aktivseite vor der Ausgliederung aus Finanzvermögen in Höhe von CHF 316.9 Mio. und Verwaltungsvermögen in Höhe von CHF 388.1 Mio. bestanden hat, verfügt der Kanton nach der Ausgliederung nur noch über Verwaltungsvermögen in Form von Dotationskapital. Die Spitäler erscheinen in Zukunft als Beteiligungen im Verwaltungsvermögen des Kantons. Dieses Verwaltungsvermögen beträgt

*Spitäler neu als
Beteiligungen im
Verwaltungsvermögen*

CHF 680.8 Mio. Es ist um CHF 20.3 Mio. höher als die vorherigen Nettoaktiven von CHF 660.5 Mio., die sich aus der Summe des Finanz- und Verwaltungsvermögen abzüglich des Fremdkapitals von CHF 44.5 Mio. zusammengesetzt haben. Der Anstieg geht auf mit neuen Bilanzierungsvorschriften nach Swiss GAAP FER verbundene Aufwertungen zurück.

Der Aufwertungsgewinn verbessert die Laufende Rechnung 2012 des Kantons um CHF 20.3 Mio. Über die gesamte Staatsbilanz gesehen erhöht sich das Vermögen des Kantons um diese Summe. Trotzdem steigen aber seine Nettoschulden um CHF 272.4 Mio. – der Differenz zwischen ausgelagertem Finanzvermögen und ausgelagertem Fremdkapital. Der Grund dafür ist die Definition der Nettoschulden: Bruttoschulden abzüglich Finanzvermögen. Der Anstieg der Nettoschulden ist also ein rein buchhalterischer Effekt.

Aufwertungsgewinn erhöht Kantonsvermögen – trotzdem steigende Nettoschulden

Abbildung 3-1: Veränderung der Staatsbilanz aufgrund der Ausgliederung der öffentlichen Spitäler

AUSGELIEDERTE BILANZPOSITIONEN		AUFWERTUNG	BILANZPOSITION NACH AUSGLIEDERUNG AKTIVEN
AKTIVEN	PASSIVEN		
Finanzvermögen 316.9 Mio. Fr.	Fremdkapital 44.5 Mio. Fr.		Verwaltungsvermögen 680.8 Mio. Fr. (660.5 + 20.3 Mio. Fr.)
Verwaltungsvermögen 388.1 Mio. Fr.	Nettoaktiven (Wert) 660.5 Mio. Fr.	20.3 Mio. Fr.	Beteiligungen (Wert) = Dotationskapital (USB/FPS/UPK)

3.3 Einfluss auf den Kanton durch exogene Faktoren

In den letzten Jahren ist verschiedentlich festzustellen, dass unter dem an sich als positiv zu wertenden Ziel der Entflechtung Aufgaben vom Bund an die Kantone verlagert werden. Problematisch dabei ist allerdings, dass die Randbedingungen nach wie vor auf Bundesebene gesetzt werden, die Kantone die Aufgaben aber auszuführen und vor allem zu finanzieren haben.

Aufgabenteilung Bund – Kantone

Da es sich bei dieser Entwicklung um zum Teil erhebliche Summen handelt und ein Ende nicht abzusehen ist, wird sich die Finanzkommission vertieft damit auseinandersetzen: Die Zusammenhänge und Finanzströme sind nicht trivial und sowohl Struktur als auch Entwicklung können nur nach einer vertieften Abklärung beurteilt werden. Zu vielfältig und komplex sind die Einflüsse der Bundespolitik, welche sich sowohl in Entlastungen, als auch in zusätzlichen Belastungen zeigt. Eine erste Einschätzung ergibt, dass sich im Lauf der Jahre aber eine erhebliche Zusatzbelastung für den Kanton Basel-Stadt ergeben hat.

Eine weitere Herausforderung, welcher der Kanton Basel-Stadt ausge-

EU-Steuerstreit

setzt ist, sie aber nur teilweise beeinflussen kann, sind die Steuereinanderbeziehungen mit der Europäischen Union. Da Basel Sitzkanton von einer substantiellen Anzahl von Unternehmen ist, die von den speziellen Steuerbedingungen für Spezialgesellschaften profitieren können, stellen die Forderungen der EU ein grösseres Problem dar. Die Finanzdirektionen der Kantone sind in engem Kontakt mit den Bundesbehörden, eine Lösung ist aber noch nicht greifbar.

4. Feststellungen zu einzelnen Departementen

4.1 Präsidialdepartement

in Mio. CHF	Rechnung 2012	Veränderung gegenüber	
		Budget 2012	Rechnung 2011
Aufwand ¹	167.5	-2.8 (-1.7%)	2.4 (1.4%)
Ertrag	17.4	-3.4 (-16.3%)	-2.2 (-11.5%)
ONA ¹	150.1	0.6 (0.4%)	4.6 (3.2%)

in 100%	Ende 2012	Ende 2011	Differenz
Headcount	388.6	378.7	+9.9

¹ Der Teuerungsausgleich auf den Löhnen der Angestellten wird im Budget zentral eingestellt, in der Rechnung aber bei den Departementen ausgewiesen. Im Jahr 2012 ist allerdings kein Teuerungsausgleich angefallen.

Der ONA des Präsidialdepartements steigt um CHF 4.6 Mio. und liegt damit leicht über dem Budget. Die Abteilung Kultur trägt mit einem Plus von CHF 2.7 Mio. – vor allem aufgrund höherer Beiträge an subventionierte Institutionen – mehr als die Hälfte dazu bei. Knapp CHF 0.6 Mio. höher als im Vorjahr liegt der ONA der Staatskanzlei, knapp CHF 0.4 Mio. derjenige des Statistischen Amtes. Die Staatskanzlei verzeichnet einen steigenden Personal- und Sachaufwand bei der Rathausverwaltung (vgl. Kapitel 4.1.1) und einen höheren IT-Aufwand nach Übernahme der Systemadministration und Anwendungscoordination. Beim Statistischen Amt geht der Anstieg auf den Aufbau zusätzlicher Statistiken zurück (vgl. dazu die Ausführungen der Finanzkommission in ihrem Bericht 12.5337.01 zum Budget 2013).

ONA des Präsidialdepartements über Budget und Vorjahr

Um CHF 0.7 Mio. unter dem Vorjahr, gleichzeitig aber um CHF 0.9 Mio. über dem Budget liegt der ONA der Archäologischen Bodenforschung. Deren Aufwand lässt sich aufgrund des nicht vorhersehbaren Umfangs an Grabungsarbeiten nur schwer prognostizieren. Gemäss einem Regierungsratsbeschluss von 2007 darf die Archäologische Bodenforschung das Budget um die Höhe der Grabungskosten beim Campus Plus Rheinhafen St. Johann überschreiten. Mit den Ausgaben von CHF 0.9 Mio. hierfür im Jahr 2012 ist dieser Kredit nun ausgeschöpft.

Mit dem Anstieg des Headcounts um fast zehn Stellen ist das Präsidialdepartement um sechs Stellen näher an den bewilligten Plafond herangekommen. Dieses vom Regierungsrat festgelegte Maximum ist im Budget 2012 um vier Stellen gestiegen, u.a. für Lobbying und grenzüberschreitende Zusammenarbeit und die Archivierung elektronischer Unterlagen im Staatsarchiv.

Bewilligtes Stellenkontingent stärker ausgeschöpft

4.1.1 Staatskanzlei

Die Staatskanzlei hat mit der Regierungs- und Verwaltungsorganisation 2009 (RV09) zusätzliche Aufgaben übernommen. Eine besondere Herausforderung stellen Unterhalt und Betrieb des Rathauses dar. Dieses wird nicht nur von Grosse Rat und Regierungsrat, sondern auch von externen Veranstaltern intensiv genutzt. Fast jeden Tag findet im Rathaus eine Veranstaltung statt.

4.1.2 Aussenbeziehungen des Kantons

Die Finanzkommission setzte bei ihrer Arbeit zur Staatsrechnung 2012 beim Präsidialdepartement einen Schwerpunkt auf die Dienststelle für Aussenbeziehungen und Standortmarketing. Diese besteht aus fünf Produkten, nämlich der trinationalen Zusammenarbeit, der Interessenvertretung in Bern, den Marketing-Kooperationen, den Gross-Events sowie Messen und Märkten. Es fällt auf, dass mit einem relativ bescheidenen personellen Aufwand ein grosses Potenzial für den Kanton Basel-Stadt samt seiner Wirtschaft erschlossen wird.

4.1.2.1 Überregionale und interkontinentale Aussenbeziehungen

Bei den so genannten „strategischen Kooperationen“ geht es darum, dass der Kanton dort präsent ist, wo es der Basler Wirtschaft nützt. Ein Massnahmen-Schwerpunkt ist die Positionierung von Basel im internationalen Standortwettbewerb mit Hilfe von „fokussierten Städtepartnerschaften“ und „Marketingmassnahmen im In- und Ausland“. So prüft der Kanton Basel-Stadt eine Partnerschaft mit Hongkong. Die Art Basel hat im Mai 2013 dort eine Messe durchgeführt. Auch für die MCH Messe Schweiz (Basel) AG sind offizielle Beziehungen bzw. Begleitungen und „türöffnende“ Beziehungen von grosser Bedeutung.

Im Februar 2013 war eine politische Delegation aus Shanghai in Basel zu Gast. Ob die Präsenz von Basel in Russland (Moskau oder Olympische Spiele in Sotschi, gegebenenfalls in Kooperation mit „Präsenz Schweiz“) fortgesetzt wird, ist noch offen. Der Austausch mit Miami erfolgt eventuell nur noch alle zwei Jahre. Auftritte im Ausland erfolgen in aller Regel nur zusammen mit anderen Städten (Zürich, Genf), der Wirtschaft oder der Universität. International betrifft dies den Auftritt an der WorldExpo 2015.

4.1.2.2 Regionale und nationale Aussenbeziehungen

Im Berichtsjahr liegen grenzüberschreitende Schwerpunkte auch in den Bereichen des Trinationalen Eurodistricts Basel, der Metropolregion Oberrhein bzw. Oberrheinkonferenz und Oberrheinrat. Die Metropolitankonferenz öffnet sich zwar auch den Partnern in Deutschland und Frankreich, dient aber der gemeinsamen Interessensvertretung der Nordwestschweizer Kantone gegenüber dem Bund. Aktuelle Themen sind der Steuerstreit mit der Europäischen Union, das Hafenbecken 3 (Container-Terminal), die Rahmenbedingungen für die Pharmawirtschaft (Medikamentenpreise) und weitere Infrastrukturprojekte wie der Schienenanschluss des Euroairports oder die Elektrifizierung der Hochrheinstrecke.

Auch in der Schweiz will der Kanton Basel-Stadt sichtbar präsent sein, sei es beim Rathausjubiläum 2014, den Feierlichkeiten 100 Jahre Museumsmesse 2016 oder verschiedenen Anlässen in der Schweiz.

4.1.2.3 „Basel“ als Marke der trinationalen Region

Gerade weil sich „Basel“ als Marke der trinationalen Region durchzusetzen scheint und sich Basel-Stadt seiner Rolle als Zentrum der Region und starker Wirtschaftsstandort bewusst ist, verlangt deren Wahrnehmung auch über 2012 hinaus „diplomatisches Fingerspitzengefühl“ gegenüber den Partnern in der Region.

4.2 Bau- und Verkehrsdepartement

in Mio. CHF	Rechnung 2012	Veränderung gegenüber	
		Budget 2012	Rechnung 2011
Aufwand ¹	279.2	14.6 (5.5%)	19.6 (7.6%)
Ertrag	121.0	20.5 (20.4%)	20.5 (20.4%)
ONA ¹	158.2	-5.9 (-3.6%)	-0.9 (-0.6%)

in 100%	Ende 2012	Ende 2011	Differenz
Headcount	904.9	917.3	-12.4

¹ Der Teuerungsausgleich auf den Löhnen der Angestellten wird im Budget zentral eingestellt, in der Rechnung aber bei den Departementen ausgewiesen. Im Jahr 2012 ist allerdings kein Teuerungsausgleich angefallen.

Unter Ausklammerung der jeweils nicht budgetierten Mehrwertabgaben, die im Jahr 2012 mit CHF 15.2 Mio. sehr hoch waren (2011 CHF 0.5 Mio.) und in der Rechnung jeweils durch eine Gegenbuchung auf der Aufwandseite neutralisiert werden, liegt der Aufwand des Bau- und Verkehrsdepartements CHF 0.6 Mio. unter und der Ertrag CHF 5.2 Mio. über dem Budget. Entsprechend besser ist auch der ONA. Die einzelnen Budgetabweichungen bewegen sich grösstenteils in einem kleineren Rahmen und kompensieren sich teilweise. Minderausgaben von CHF 2.0 Mio. zeitigt das Globalbudget Öffentlicher Verkehr, u.a. aufgrund des noch nicht umgesetzten Ausbaus des Busangebots im Raum Wettstein – Roche – Friedhof Hörnli. Das Grundbuch- und Vermessungsamt verzeichnet wegen der ausserordentlich hohen Zahl an Handänderungen im Hinblick auf die mit der eidgenössischen Erbschaftssteuerinitiative verbundenen potenziellen Veränderungen sowie dem mit einer neunmonatigen Verzögerung in Kraft getretenen kantonalen Geoinformationsrecht CHF 1.4 Mio. höhere Einnahmen.

Bau- und Verkehrsdepartement unterschreitet ONA-Vorgabe dank höherem Ertrag

Der Headcount des Bau- und Verkehrsdepartements hat sich per Ende 2012 um 12.4 Stellen reduziert. Zurückzuführen ist dies zu grossen Teilen auf eine Überprüfung sämtlicher Kreditstellen auf Notwendigkeit.

4.2.1 Abschreibungsplafonierung bei den BVB

Die Finanzkontrolle hat in ihrem Erläuterungsbericht zur Staatsrechnung 2011 Bedenken betreffend die Reservebildung der BVB via Rückstellungen für Abschreibungen geäussert. Die Finanzkommission hat in ihrem Bericht zur Staatsrechnung 2011 ausführlich darüber berichtet.

Die Rechnungslegung der BVB erfolgt in Übereinstimmung mit der Verordnung des Bundes über das Rechnungswesen der konzessionierten Transportunternehmungen und dem Obligationenrecht. Mit diesen Rechnungslegungsnormen ist der vorliegende pragmatische Ansatz zur Glättung des ÖV-Globalbudgets vereinbar. Bei strengeren Normen wie beispielsweise jenen von Swiss GAAP FER wären sie hingegen problematisch. Die BVB stellen sich auf den Standpunkt, dass sich die Rückstellungen aufgrund der beiden Grossvorhaben Tramdepot Wiesenplatz und Beschaffung der Flexity-Trams bis Ende 2021 wieder vollständig auflösen.

Aus Optik des Kantons handelt es sich bei den Rückstellungen letztlich um Gelder, die dem Kanton von den BVB vorübergehend geschuldet werden. Das Bau- und Verkehrsdepartement ist deshalb zusammen mit dem Finanzdepartement seit einem Jahr daran, die Höhe der Abgeltung mit den BVB neu zu verhandeln und die Problematik der Abschreibungsglättung mit ihrer Auswirkung auf die Entwicklung der Eigenmittel zu diskutieren.

Die Finanzkontrolle hat in ihrem Erläuterungsbericht zur Staatsrechnung 2012 die Bildung dieser Rückstellungen erneut moniert. Laut Bau- und Verkehrsdepartement sind die vor einem Jahr aufgenommenen Verhandlungen noch nicht abgeschlossen. Es stellt jedoch eine Lösung in Aussicht. Die Finanzkommission erwartet, dass eine solche zur Zufriedenheit aller ausfällt.

4.2.2 Umsetzung Gegenvorschlag zur Städteinitiative

Der vom Stimmvolk am 28. November 2010 angenommene Gegenvorschlag zur Städteinitiative verlangt bis zum Jahr 2020 eine Reduktion des motorisierten Individualverkehrs im Kantonsgebiet um mindestens zehn Prozent. Die Finanzkommission hat sich über den Status der Zielerreichung erkundigt. Laut Bau- und Verkehrsdepartement haben Ende 2012 drei Expertenteams Vorschläge zur Umsetzung abgegeben. Die Projektleitung hat im Anschluss daran gemeinsam mit dem Beurteilungsgremium einen Synthesebericht erarbeitet, der am 23. Mai 2013 präsentiert worden ist. Darauf aufbauend erstellt das Bau- und Verkehrsdepartement nun bis Ende 2013 ein Umsetzungskonzept.

*Umsetzung des
Gegenvorschlags
zur Städteinitiative
in Vorbereitung*

4.2.3 Stadtgärtnerei

Die Finanzkommission hat sich bei den Hearings zur Staatsrechnung 2012 die Stadtgärtnerei vorstellen lassen. Diese kümmert sich um die Planung, Entwicklung, den Unterhalt und den Bau des gesamten öffentlichen Grüns in Basel mit Ausnahme der Grünflächen für den Sport, den Uferzonen der Fliessgewässer und den Grünflächen auf Gleisanlagen der BVB. Sie verfügt über 250 Angestellte. Von den sechs Abteilungen der Stadtgärtnerei dürfte den meisten der Grünflächenunterhalt am bekanntesten sein. Dieser beschäftigt auch am meisten Mitarbeitende.

*Stadtgärtnerei trägt zur
Reintegration ins
Berufsleben bei*

Die Finanzkommission begrüsst explizit die Tatsache, dass die Stadtgärtnerei besonders im Grünflächenunterhalt einen hohen Anteil von sozial benachteiligten Personen beschäftigt und damit deren Reintegration ins Berufsleben fördert. Nebst diesem Engagement beschäftigt die Stadtgärtnerei während der Sommerferien etliche Schülerinnen und Schüler, was sowohl für diese selbst als auch für die Stadtgärtnerei sehr positive Wirkungen zeigt.

4.3 Erziehungsdepartement

in Mio. CHF	Rechnung 2012	Veränderung gegenüber	
		Budget 2012	Rechnung 2011
Aufwand ¹	1'051.3	-3.0 (-0.3%)	32.8 (3.2%)
Ertrag	163.2	6.5 (4.2%)	5.3 (3.3%)
ONA ¹	881.1	-9.6 (-1.1%)	27.5 (3.2%)

in 100%	Ende 2012	Ende 2011	Differenz
Headcount	3'066.1	2'986.7	+79.4

¹ Der Teuerungsausgleich auf den Löhnen der Angestellten wird im Budget zentral eingestellt, in der Rechnung aber bei den Departementen ausgewiesen. Im Jahr 2012 ist allerdings kein Teuerungsausgleich angefallen.

Das Erziehungsdepartement unterschreitet den budgetierten ONA um 1.1% oder CHF 9.6 Mio. Diese Summe setzt sich zusammen aus einem um CHF 3.0 Mio. unter dem Voranschlag liegenden Aufwand und einem um CHF 6.5 Mio. darüber liegenden Ertrag.

ONA des Erziehungsdepartements fast CHF 10 Mio. unter Budget

Bei den Volksschulen liegen die Ausgaben für Projekt- und Transportkosten, Mieten und Sachmittel um CHF 2.8 Mio. und der Aufwand für Schülerinnen und Schüler in Privatschulen und privaten Sonderschulen um CHF 3.5 Mio. unter Budget. Demgegenüber verzeichnen die allgemeinbildenden weiterführenden Schulen und die berufsbildenden Schulen hauptsächlich wegen höherer Schülerzahlen und Lektionenmehrkosten einen um CHF 4.9 Mio. über dem Voranschlag liegenden Personalaufwand.

Von den über Budget liegenden Erträgen entfallen CHF 2.2 Mio. auf höhere Bundessubventionen insbesondere bei der Berufsbildung. Die Einnahmen von anderen Gemeinwesen und Privaten für erbrachte Ausbildungsleistungen liegen CHF 1.7 Mio. über der Prognose. Auch Benützungsgebühren, verrechnete Dienstleistungen und Rückerstattungen sind höher als erwartet.

Höhere Beiträge von Bund und anderen Gemeinwesen

Der Headcount des Erziehungsdepartements liegt Ende 2012 bei 3'066 Vollzeitstellen, 79 mehr als ein Jahr zuvor und 13 mehr als gemäss Plafond eigentlich erlaubt. Nicht budgetiert waren 15 Headcount-Stellen, die auf höhere Schülerzahlen zurückzuführen sind. Die Leitungsreform der Volksschulen führte zu einer Erhöhung um 14 Stellen, die Weiterentwicklung der familienergänzenden Tagesbetreuung zu einer solchen um 10 Stellen. Ein zusätzlicher Headcount von 27 im Schulbereich begründet sich mit einer kostenneutralen Verschiebung von nicht Headcount- zu Headcount-Stellen. Der verbleibende Zuwachs von 13 Stellen geht auf diverse kleinere Erhöhungen zurück.

Headcount-Plafond wegen steigender Schülerzahlen überschritten

4.3.1 Ferien- und Überzeitguthaben

Ein Grund für das Ansteigen der Überzeit- und Ferienguthaben im Erziehungsdepartement sind die umfangreichen Projektarbeiten im Rahmen der Schulharmonisierung, ein anderer der Umstand, dass Lehrpersonen Überzeit nicht in einzelnen Stunden oder Tagen beziehen können.

Im Rahmen der Anpassung der Ferienregelung für die Kantonsangestellten hat man bei den Lehrpersonen ein individuelles Ferienkonto eingerichtet. Diesem werden die zusätzlichen Ferientage gutgeschrieben, die von den Lehrerinnen und Lehrern aus betrieblichen Gründen nicht jedes Jahr bezogen werden können. Erst wenn sich ein Guthaben von mindestens sieben Wochen gebildet hat, dürfen sie dieses – in einem Stück – beziehen. 2012 und auch in den nächsten Jahren verfügt noch niemand über ein Ferienguthaben in dieser Höhe, weshalb diese insgesamt weiter steigen werden.

Höhere Zeitguthaben bei Lehrpersonen aufgrund neuer Ferienregelung

4.3.2 St. Jakobshalle

Gemäss den ausgewiesenen Kennzahlen hat die Nutzung der St. Jakobshalle für den Breitensport 2012 um 13% abgenommen, während jene für Events um gut 3% gestiegen ist. Die Verschiebung liegt gemäss Erziehungsdepartement nicht in einer Strategieänderung der Hallenleitung, sondern ist durch eine sinkende Nachfrage nach Hallenflächen für den Breitensport begründet. Weil die relativ grosse Halle 2 neu multifunktional verwendbar ist, können dort mehr Leute gleichzeitig Sport treiben als früher. Insgesamt dürfte die Zahl Sport treibender Personen in etwa gleich geblieben sein, es hat jedoch eine Verlagerung auf andere Sportanlagen, z.B. die Rankhofhalle, stattgefunden.

Veränderte Nutzung der St. Jakobshalle

In Sachen Sanierung der Halle ist gemäss Erziehungsdepartement alles im Plan. Der Architekturwettbewerb ist inzwischen abgeschlossen, für 2014 stellt das Erziehungsdepartement einen Ratschlag an den Grossen Rat in Aussicht.

4.4 Finanzdepartement

in Mio. CHF	Rechnung 2012	Veränderung gegenüber	
		Budget 2012	Rechnung 2011
Aufwand ¹	104.8	-1.4 (-1.3%)	5.9 (6.0%)
Ertrag	62.6	3.4 (5.7%)	6.7 (11.8%)
ONA ¹	42.3	-4.7 (-10.1%)	-0.6 (-1.5%)

in 100%	Ende 2012	Ende 2011	Differenz
Headcount	476.6	472.2	+4.4

¹ Der Teuerungsausgleich auf den Löhnen der Angestellten wird im Budget zentral eingestellt, in der Rechnung aber bei den Departementen ausgewiesen. Im Jahr 2012 ist allerdings kein Teuerungsausgleich angefallen.

Das Finanzdepartement verzeichnet einen um 10.1% unter Budget liegenden ONA. Der Aufwand liegt CHF 1.4 Mio. unter, der Ertrag CHF 3.4 Mio. über dem Voranschlag. Die grösste Unterschreitung auf der Aufwandseite verzeichnet mit CHF 1.3 Mio. der Zentrale Personaldienst (ZPD). Er hat die Personalkosten beim Projekt Come back wegen Fluktuation und Vakanzen nicht ausgeschöpft; zudem ist das Projekt Personalmarketing nicht umgesetzt worden.

ONA des Finanzdepartements unter Budget und Vorjahr

Hauptgrund für den höheren Ertrag ist die Verbuchung sämtlicher Einnahmen aus der Verlustscheinbewirtschaftung von CHF 3.7 Mio. bei der per 1. April 2012 geschaffenen kantonalen Inkassostelle (vgl. Kapitel

Einnahmen aus Verlustscheinbewirtschaftung anders verbucht als budgetiert

4.4.2). Im Budget waren CHF 5.0 Mio. im Allgemeinen Nettoertrag des Kantons und nur CHF 1.0 Mio. bei der Inkassostelle selbst eingestellt. Ebenfalls über Budget liegende Erträge verzeichnet die Finanzverwaltung. Sie hat mehr externe SAP-Beratungsdienstleistungen als budgetiert erbracht, kann die Lohnabwicklung für die kantonalen Spitäler nach deren Auslagerung neu fakturieren und hat schliesslich höhere Honorare für die Verwaltung von Mandaten für den Kanton und die PKBS erzielt.

Die Zentralen Informatikdienste (ZID) weisen als einzige Dienststelle des Finanzdepartements einen über Budget liegenden ONA auf. Allerdings ist dieser bei einem Gesamtaufwand von CHF 27.5 Mio. mit CHF 1.1 Mio. relativ bescheiden, was darauf zurückzuführen ist, dass die ZID die meisten der erbrachten Leistungen weiterverrechnen können. Die Realisierung einer Reihe von Vorhaben hat dazu geführt, dass sich die von den ZID direkt verrechenbaren Leistungen etwas reduzieren.

Weniger verrechenbare Leistungen bei ZID

Der Anstieg des Headcounts ist beim Finanzdepartement darauf zurückzuführen, dass per 1. Januar 2012 6.5 Vollzeitstellen (inklusive Personalbudget) aus den dezentralen Personalabteilungen in das HR-Dienstleistungs-Center im ZPD transferiert worden sind. Der Rückgang um 3.8 Stellen bei den ZID begründet sich mit Vakanzen. Einen leicht höheren Headcount verzeichnen dafür Finanz- und Steuerverwaltung.

Stellentransfer in HR-Dienstleistungs-Center

4.4.1 Projekt Systempflege

Im Rahmen des Projekts Systempflege wird das Instrumentarium zur Funktionsbewertung und Zuordnung überarbeitet, um eine korrekte und nachvollziehbare Einreihung der Stellen in der kantonalen Verwaltung zu gewährleisten. Der Auftrag zur Systempflege leitet sich aus dem Lohngesetz ab, gemäss dem der Regierungsrat den Einreihungsplan veränderten Verhältnissen anzupassen hat. Die letzten Modellschreibungen stammen aus dem Jahr 1995. Seither haben sich zahlreiche Berufsbilder und die damit verbundenen Kompetenzen und Ausbildungen verändert, z.B. im Pflegebereich, in der Bildung oder der IT. All dies soll im neuen Einreihungsplan berücksichtigt werden. Die Einreihungskompetenz liegt beim Regierungsrat. Er wird nach Abschluss des seit August 2012 laufenden Zuordnungsprozesses die Einreihungen definitiv beschliessen.

Regierungsrat muss Einreihungsplan Verhältnissen anpassen

Die neuen Einreihungen führen zu einem geschätzten Mehraufwand von etwa CHF 12 Mio. pro Jahr. Die Anforderungen für viele Berufe sind gestiegen, was zu höheren Einreihungen und Löhnen führt. Bei einer Einreihung in eine tiefere Lohnklasse wird dagegen die bisherige Lohnsumme garantiert, die künftige Lohnentwicklung fällt entsprechend der neuen Lohnklasse aber geringer aus.

Geschätzte Mehrkosten von CHF 12 Mio.

4.4.2 Kantonale Inkassostelle

Im Jahr 2011 hat der Regierungsrat entschieden, im Rahmen der Optimierung und Reorganisation der Debitorenprozesse in der Verwaltung eine zentrale Inkassostelle einzurichten. Er ist damit einer Forderung nachgekommen, die die Finanzkommission erstmals in ihrem Bericht Nr. 07.5171.01 zur Staatsrechnung 2006 – auch mit Blick auf die Regierungs- und Verwaltungsreorganisation im Jahr 2009 – gestellt hat.

Verlustscheine seit April 2012 zentral bewirtschaftet

Seit April 2012 übernimmt und bewirtschaftet die kantonale Inkassostelle in der Steuerverwaltung sukzessive die Verlustscheine aus den übrigen Dienststellen des Kantons, seit Frühjahr 2013 etappenweise auch die Betreibungen. Damit sollen in Zukunft ein professioneller, einheitlicher und standardisierter Auftritt gegenüber Schuldnern sichergestellt und die Forderungsausfälle reduziert werden. Die Inkassostelle stellt zudem sicher, dass die Verlustscheine, die neu nach 20 Jahren verjähren, rechtzeitig bearbeitet werden. Sie muss sich gemäss regierungsrätlichem Entscheid selbst finanzieren, ihren Aufwand für Personal- und Sachausgaben also durch den Ertrag aus der Verlustscheinbewirtschaftung decken.

4.5 Gesundheitsdepartement

in Mio. CHF	Rechnung 2012	Veränderung gegenüber	
		Budget 2012	Rechnung 2011
Aufwand ¹	571.2	-4.6 (-0.8%)	-766.5 (-57.3%)
Ertrag	22.0	0.1 (0.5%)	-814.2 (-97.4%)
ONA ¹	549.3	-4.7 (-0.9%)	47.8 (9.5%)

in 100%	Ende 2012	Ende 2011	Differenz
Headcount	291.0	5'172.0	-4881.0

¹ Der Teuerungsausgleich auf den Löhnen der Angestellten wird im Budget zentral eingestellt, in der Rechnung aber bei den Departementen ausgewiesen. Im Jahr 2012 ist allerdings kein Teuerungsausgleich angefallen.

Aufgrund der Ausgliederung der drei kantonalen Spitäler USB, FPS und UPK aus der kantonalen Verwaltung reduziert sich beim Gesundheitsdepartement der Aufwand auf gut 40% und der Ertrag auf knapp 3% der vorherigen Summe. Der ONA steigt um 9.5% auf CHF 549.3 Mio.

ONA des Gesundheitsdepartements trotz Unwägbarkeiten sehr nahe am Budget

Das Budget hält das Gesundheitsdepartement unter Berücksichtigung der mit den Spitalauslagerungen und der neuen Spitalfinanzierung verbundenen Unwägbarkeiten auf Ebene ONA überraschend genau ein. Die Kantonsbeiträge gemäss neuer Spitalfinanzierung liegen um CHF 0.3 Mio. über dem budgetierten Wert von CHF 262.0 Mio., die erstmals an die basel-städtischen Spitäler ausgerichteten gemeinwirtschaftlichen Leistungen um CHF 6.0 Mio. darunter. Nicht im erwarteten Mass beansprucht worden sind insbesondere die für Langzeitpatienten in den Spitälern ausgerichteten gemeinwirtschaftlichen Leistungen und die Beiträge an die Tageskliniken.

Der Mittelbedarf für Ergänzungsleistungen an Personen in Pflegeheimen ist um rund CHF 5.0 Mio. unterschätzt worden, bei der Restfinanzierung der Pflegekosten wurden für Spitex und Pflegeheime rund CHF 0.4 Mio. mehr als geplant beansprucht. Dafür sind die Liegenschaftsbeiträge an Pflegeheime aufgrund der tiefen Hypothekarzinsen um CHF 1.6 Mio. unter Budget.

Höhere Kosten für Pflegefinanzierung

Aufgrund der Auslagerung der drei öffentlichen Spitäler ist deren Personalbestand und -plafond nicht mehr Bestandteil der entsprechenden Kennzahlen des Gesundheitsdepartements. Dessen Headcount sinkt

Headcount in Dienststellen des Departements leicht gestiegen

deshalb von 4'881.0 Ende 2011 auf 291.0 Ende 2012. In den Dienststellen des Departements ist er im Berichtsjahr um 1.4 Stellen gestiegen.

4.5.1 Eröffnungsbilanzen der öffentlichen Spitäler

Die Ausgliederung der drei öffentlichen Spitäler USB, UPK und FPS aus der kantonalen Verwaltung und die neue Spitalfinanzierung haben im Gesundheitsdepartement zu grundlegenden Veränderungen geführt. Sie haben auch Auswirkungen auf die Bilanz des Kantons (vgl. Kapitel 3).

Dem Gesundheitsdepartement obliegt künftig die finanzielle Steuerung der öffentlichen Spitäler. Deren Grundlagen sind im Gesetz über die öffentlichen Spitäler des Kantons Basel-Stadt (ÖSpG) festgelegt. § 15 des ÖSpG verlangt eine angemessene Eigenkapitalquote, § 18 die Anwendung eines anerkannten Rechnungslegungsstandards. Der Regierungsrat hat den Spitälern den Standard Swiss GAAP FER vorgegeben. Bezüglich Eigenkapitalquote ist er bei den mit den Auslagerungen verbundenen Berechnungen von 35% ausgegangen. Die Eröffnungsbilanzen der drei Spitäler sind in Tabelle 4-1 dargestellt.

Eigenkapitalquote der Spitäler soll langfristig bei 35% liegen

Tabelle 4-1: Eröffnungsbilanzen der öffentlichen Spitäler des Kantons Basel-Stadt per 1. Januar 2012 nach Swiss GAAP FER

in Mio. CHF	USB	FPS	UPK	Total
Umlaufvermögen	270.7	25.5	57.5	353.7
<i>davon Forderungen</i>	<i>211.3</i>	<i>22.2</i>	<i>19.9</i>	<i>253.4</i>
Anlagevermögen	384.6	98.3	64.9	547.8
<i>davon Sachanlagen</i>	<i>308.3</i>	<i>7.8</i>	<i>63.9</i>	<i>380.0</i>
davon Finanzanlagen	73.7	89.5	0.0	163.2
Total Aktiven	655.3	123.8	122.4	901.5
Kurzfristiges Fremdkapital	59.8	10.0	31.3	101.1
Langfristiges Fremdkapital	106.3	5.8	5.4	117.5
Total Eigenkapital	489.2	108.0	85.7	682.9
<i>davon Dotationskapital</i>	<i>489.2</i>	<i>108.0</i>	<i>83.6</i>	<i>680.8</i>
Total Passiven	655.3	123.8	122.4	901.5

Das grösste der drei öffentlichen Spitäler ist das USB. Seine Schlussbilanz per 31. Dezember 2011 hat es wie FPS und UPK noch nach dem branchenüblichen Standard H+ vorgelegt. Der neue Standard Swiss GAAP FER hatte dann verschiedene Umbewertungen und Umbuchungen zur Folge. Gemäss den Vorgaben von Swiss GAAP FER hat es zudem die Drittmittel in seine Eröffnungsbilanz integriert. Diese waren bisher nicht Bestandteil der Staatsbilanz.

Integration der Drittmittel in Bilanz des USB

Mit der Auslagerung hat der Kanton dem USB aus seinem Finanzvermögen liquide Mittel in der Höhe von CHF 65.0 Mio. mitgegeben. Als Dienststelle des Kantons verfügte das Spital über keine solchen. Die anderen Abschreibungsregeln von Swiss GAAP FER haben zu einer Aufwertung der Sachanlagen um CHF 184 Mio. auf CHF 308 Mio. geführt; CHF 137 Mio. davon entfallen auf Grundstücke und Gebäude, CHF 34 Mio. auf Einrichtungen und Mobilien. Bisher waren die Sachanlagen bei Immobilien Basel-Stadt (IBS) verbucht.

Das Dotationskapital des USB beträgt CHF 489.2 Mio. und entspricht dem Beteiligungswert des Kantons. Die Eigenkapitalquote liegt derzeit

Dotationskapital des USB bei CHF 489 Mio.

zwar deutlich über 35%, wird aufgrund der anstehenden Investitionen aber mittel- bis längerfristig sinken. Das Spital muss seine Investitionen – in den nächsten 20 Jahren schätzungsweise CHF 950 Mio. bis CHF 1.2 Mrd. – künftig selber finanzieren.

Vor dem Hintergrund des anstehenden Neubaus hat der Kanton das FPS an Stelle der Übertragung der Immobilien (wie bei USB und UPK) mit einer „Immobilien-Ersatzgrösse“ in Höhe von CHF 88 Mio. ausgestattet. Das FPS wird die bestehenden Altbauten nicht weiter verwenden, wenn das geplante neue Spital in Betrieb genommen wird. Für den Zeitraum, in dem das FPS die weiterhin dem Kanton gehörenden Altbauten noch braucht, ist eine so genannte Gerbrauchsleihe vereinbart worden.

*Immobilien-
Ersatzgrösse für FPS*

Das neue Spital muss das FPS ebenfalls aus eigenen Mittel finanzieren. Sein Dotationskapital beträgt ohne Liegenschaften CHF 20 Mio., mit der Ersatzgrösse CHF 108 Mio. Die Ersatzgrösse ist so kalkuliert, dass das FPS nach dem Neubau die angestrebte Eigenkapitalquote von rund 35% aufweist. Wie das USB hat auch das FPS vom Kanton flüssige Mittel erhalten – und zwar CHF 10.1 Mio.

Aus der Schlussbilanz der UPK per 31. Dezember 2011 sind „zu hohe“ flüssige Mittel von CHF 12 Mio. an den Kanton zurückgeführt worden. Die Eröffnungsbilanz erhöht sich aufgrund der Aktivierung der Liegenschaften um CHF 52.2 Mio., aufgrund der Aktivierung der Anlagen im Bau um CHF 7.5 Mio. und aufgrund der Integration von Fonds um CHF 2.1 Mio. Das Dotationskapital beträgt CHF 83.6 Mio. Auch die UPK müssen die in Zukunft anstehenden Investitionen unter Beizug von Fremdkapital selbst finanzieren.

*Zu hohe flüssige Mittel
in Schlussbilanz
der UPK*

4.5.2 Jahresergebnis 2012 des USB

Bei einem Gesamtumsatz von CHF 937.2 Mio. (Spital und Drittmittel konsolidiert) und einem Gewinn von CHF 9.0 Mio. erzielt das USB 2012 eine Umsatzrendite von knapp 0.95%. Der betriebliche Ertrag stammt zu 74% von Dritten aus Behandlungsleistungen, zu 6% von der Universität für Lehre und Forschung und zu 19% aus Beiträgen des Kantons Basel-Stadt. Im Kantonsanteil enthalten sind der Anteil an den stationären Kosten der basel-städtischen Patienten am USB sowie die gemeinwirtschaftlichen und ungedeckten Leistungen. Vom gesamten betrieblichen Ertrag von CHF 877.8 Mio. stammen CHF 517.3 Mio. aus dem stationären Bereich, CHF 184.1 Mio. aus dem ambulanten Bereich und CHF 173.0 Mio. aus übrigen Erträgen (davon CHF 72.8 Mio. für gemeinwirtschaftliche und ungedeckte Leistungen und CHF 55.8 Mio. aus Lehre und Forschung).

*Umsatzrendite des
USB unter einem
Prozent*

4.5.3 Neue Spitalfinanzierung

Der Finanzierungsanteil des Kantons an den Spitälern im Kanton Basel-Stadt liegt mit 19% unter den im Ratschlag zum ÖSpG angenommenen Erwartungen. Grund dafür ist der Anstieg des Anteils an ausserkantonalen Patienten, und zwar erfreulicherweise vor allem bei den Privatversicherten. Der Beitrag des Kantons an die stationären Spitalbehandlungen seiner eigenen Bewohner liegt mit CHF 262.5 Mio. praktisch auf Höhe des budgetierten Werts. CHF 164.9 Mio. davon sind an die öffentlichen, CHF 74.9 Mio. an die privaten Spitäler im Kanton geflossen, CHF 22.7

*Kantonsanteil an stationären
Spitalbehandlungen wie budgetiert*

Mio. an ausserkantonale Spitäler. Die letzte Zahl zeigt, dass sich auch Patienten aus Basel-Stadt ausserhalb des eigenen Kantons behandeln lassen.

Auch die vom Kanton finanzierten gemeinwirtschaftlichen und ungedeckten Leistungen bleiben im budgetierten Rahmen. Die Positionen Lehre und Forschung (CHF 59.3 Mio.), Weiterbildung zum FMH-Facharzt (CHF 14.4 Mio.) und Abgeltung Spitalambulatorien (CHF 27.9 Mio.) halten das Budget genau ein; sie betreffen in erster Linie die öffentlichen Spitäler. Die weiteren gemeinwirtschaftlichen Leistungen – Tageskliniken, Langzeitpatienten, Sozialdienste – liegen bei Ausgaben von CHF 16.8 Mio. um CHF 5.8 Mio. unter Budget. Es ist aber davon auszugehen, dass diese Ausgaben in den nächsten Jahren steigen. Der Kanton finanziert diese sinnvollen Angebote, da sie tariflich gewissermassen zwischen Stuhl und Bank fallen. Sie lassen sich weder über die Diagnosis Related Groups (DRG) noch über den Reha-/Pflegetarif verrechnen. Zu den weiteren gemeinwirtschaftlichen Leistungen gehören auch die Leistungen von Notärzten und der Betrieb der Spitalschulen.

Gemeinwirtschaftliche Leistungen leicht unter Budget

Die Ausgaben in Höhe von CHF 14.4 Mio. für die Weiterbildung zum FMH-Facharzt sind hoch. Es handelt sich dabei teilweise um zentralörtliche Leistungen. Die Basler Spitäler bieten mehr Ausbildungsplätze an, als aufgrund der Bevölkerungszahl von Basel-Stadt notwendig wäre. Zur Regelung dieses Problems braucht es eine Lösung auf nationaler Ebene. Das Konkordat, das von der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren (GDK) angestrebt wird, hätte für den Kanton Basel-Stadt eine Reduktion dieser gemeinwirtschaftlichen Kosten um CHF 8 bis 9 Mio. zur Folge.

Zentralörtliche Leistungen bei Ärzteausbildung

4.6 Justiz- und Sicherheitsdepartement

in Mio. CHF	Rechnung 2012	Veränderung gegenüber	
		Budget 2012	Rechnung 2011
Aufwand ¹	332.2	4.2 (1.3%)	14.1 (4.4%)
Ertrag	138.8	8.3 (6.4%)	9.2 (7.1%)
ONA ¹	193.4	-4.1 (-2.1%)	4.9 (2.6%)

in 100%	Ende 2012	Ende 2011	Differenz
Headcount	1'572.0	1'573.1	-1.1

¹ Der Teuerungsausgleich auf den Löhnen der Angestellten wird im Budget zentral eingestellt, in der Rechnung aber bei den Departementen ausgewiesen. Im Jahr 2012 ist allerdings kein Teuerungsausgleich angefallen.

Das Justiz- und Sicherheitsdepartement verzeichnet einen um CHF 4.1 Mio. unter dem Budget liegenden ONA, der sich aus Überschreitungen des Aufwands um CHF 4.2 Mio. und des Ertrags um CHF 8.3 Mio. zusammensetzt.

Unterschreitung der ONA-Vorgabe

Auf der Aufwandseite wird das um CHF 4.9 Mio. unterschrittene Personalbudget durch einen höheren Sachaufwand und höhere Abschreibungen überkompensiert. CHF 3.6 Mio. der nicht beanspruchten Personalaufwendungen gehen auf tiefere Durchschnittslöhne, geringere Sozialversicherungsabgaben sowie Fluktuationseinsparungen bei der Kan-

Personalkosten der Kantonspolizei unter Budget

tonspolizei zurück. Bei der Staatsanwaltschaft wird das Personalbudget um CHF 0.5 Mio., in den Bereichen Rettung und Services um je CHF 0.4 Mio. nicht ausgeschöpft.

Den CHF 6.8 Mio. über Budget liegenden Sachaufwand begründet das Justiz- und Sicherheitsdepartement mit Mehraufwendungen im Strafvollzug (CHF 4.8 Mio.) und diversen sicherheitsrelevanten Ersatzbeschaffungen. Die um CHF 2.4 Mio. über Budget liegenden Abschreibungen gehen auf Debitorenverluste bei der Staatsanwaltschaft zurück. Aufgrund der Einführung der neuen eidgenössischen Jugend- und Strafprozessordnungen per 1. Januar 2011 fehlten Erfahrungswerte für deren Budgetierung.

Kosten des Strafvollzugs auch 2012 über Budget

Der über Budget liegende Ertrag geht auf folgende Faktoren zurück: CHF 5.4 Mio. aus Bussen, Geldstrafen und Gebühren bei der Staatsanwaltschaft, bedingt durch die Einführung der neuen eidgenössischen Jugend- und Strafprozessordnungen; CHF 1.0 Mio. aus der Verrechnung von Hafttagen ausserkantonaler Insassen in basel-städtischen Gefängnissen; CHF 2.9 Mio. aus Gebühreneinnahmen; CHF 0.4 Mio. aus Beiträgen des Bundesamts für Migration für Wegweisungsvollzüge; CHF 0.5 Mio. aus dem Ergebnis der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel; CHF 0.2 Mio. aus kantonalen Beiträgen im Strafvollzug. Um CHF 2.5 Mio. unter dem Voranschlag liegen hingegen die Busseneinnahmen.

Höhere Erträge in verschiedenen Bereichen, Busseneinnahmen aber unter Budget

Der Headcount des Justiz- und Sicherheitsdepartements ist gegenüber dem Jahresende 2011 praktisch unverändert geblieben. Im Vergleich zum bewilligten Plafond von 1'630 Stellen liegt jedoch eine deutliche Unterschreitung vor. Insgesamt 29 Stellen sind per Ende 2012 vakant, sollen aber 2013 besetzt werden. Die Ende 2012 im Rahmen der Erhöhung des Headcount-Plafonds der Kantonspolizei um 45 Stellen bis ins Jahr 2015 bereits besetzten 12 Stellen werden von Aspiranten eingenommen, die – da noch in Ausbildung – nicht zum Headcount zählen. Weitere sechs Aspiranten sind bei Berufsfeuerwehr und bei Sanität angestellt worden. Die Verschiebung der Umsetzung der neuen Parkraumbewirtschaftung auf 2013 hat zu einem Minderbedarf von vier Stellen geführt, und schliesslich hat das Justiz- und Sicherheitsdepartement die auf die neue kantonale Ferienregelung zurückgehende Plafond-Erhöhung um sieben Stellen noch nicht ausgeschöpft.

Deutliche Unterschreitung des Headcount-Plafonds

4.6.1 Zeitguthaben

Beim Justiz- und Sicherheitsdepartement sind die Zeitguthaben des Personals höher als im kantonalen Durchschnitt. Die Zunahme im Jahr 2012 um rund 8'000 Stunden stammt aus Guthaben aus Schichtboni. Bis 2011 wurden Schichtvergütungen zumindest teilweise ausbezahlt. 2012 fand ein Paradigmenwechsel statt: Schichtzulagen können grundsätzlich nur noch mit Freizeit kompensiert werden. Im Sinne einer nachhaltigeren Erholung der Polizistinnen und Polizisten von ihrer Arbeit ist dies zu begrüssen. Allerdings muss insbesondere hier darauf geachtet werden, dass die Saldi nicht zunehmen.

Keine Auszahlung von Schichtboni mehr

4.6.2 Rekrutierungskosten Kantonspolizei

Aufgrund der beschlossenen Aufstockung des Polizeikorps mussten die Anstrengungen zur Rekrutierung von Polizei-Aspiranten verstärkt wer-

den. Die dadurch entstandenen, nicht budgetierten Zusatzkosten von CHF 225'000 ergeben sich aus Mehraufwendungen im Social-Media-Bereich, zusätzliche Werbemassnahmen sowie der Einführung eines neuen Vorselektionsinstrumentes (Job matcher). Sie rechtfertigen sich insofern, als das Angebot an geeigneten Kandidaten auf dem Stellenmarkt immer knapper und der Kampf um die guten Bewerber zwischen den Kantonen immer intensiver wird. Hier empfiehlt sich künftig eine vermehrte Zusammenarbeit über das Polizeikonkordat Hitzkirch.

Tabelle 4-1: Personalrekrutierung Kantonspolizei

	2008/09	2009/10	2010/11	2011/12	2012/13
Anzahl Bewerber (ca.)	360	400	320	240	465
Anzahl Verträge ¹	49	54	44 ²	33	64 ³
Rekrutierungskosten (in CHF)	305'787	287'449	245'558	288'563	420'527
Kosten pro Bewerber (in CHF)	849	719	767	1'202	904
Kosten pro Vertrag (in CHF)	6'241	5'323	5'581	8'744	6'571

¹ Pro Rekrutierungsperiode. Jährlich werden bei der Kantonspolizei Basel-Stadt zwei Polizeischulen durchgeführt. Am Beispiel des Jahres 2012 heisst dies, dass sich die finanziellen Aufwendungen auf die Polizeischulen 2012-2, 2013-1 sowie die Sicherheitsassistentenschule 2013 beziehen.

² davon 11 Sicherheitsassistenten

³ davon 16 Sicherheitsassistenten

Tabelle 4-2: Ausbildungslehrgänge bei der Kantonspolizei

	2008	2009	2010	2011	2012-1	2012-2	2013-1	2013-2
Aspiranten Polizeischule								
bei Ausbildungsstart	34	54	44	29	17	24	24	24 ³
Abbrüche	0	2 ⁴	4 ⁴	0	1	0	0	
zur Prüfung angetreten	34	52	40	29	16			
Prüfung bestanden	34	52	39	29	14 ⁵			
in unbefristetes Arbeitsverhältnis übernommen ¹	33	50	38	29	14 ⁵			
Erfolgsquote	97%	93%	86%	100%				
Sicherheitsassistenten								
bei Ausbildungsstart				11				17
Abbrüche				0				0
zur Prüfung angetreten				11				
in unbefristetes Arbeitsverhältnis übernommen ²				11				

¹ Anzahl Mitarbeitende, die nach erfolgreicher Polizeischule, Berufsprüfung und Ausbildungszug in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übernommen worden sind (Übertritt in die Sicherheitspolizei)

² Anzahl Mitarbeitende, die nach erfolgreicher Ausbildung in den Verkehrsdienst eingetreten und in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übernommen worden sind

³ Zielwert; Rekrutierung ist am Laufen

⁴ davon ein Übertritt in die Sicherheitsassistentenschule 2011

⁵ zusätzlich 2 Prüfungswiederholer im Juni 2013; bei erfolgreichem Abschluss Übernahme in unbefristetes Arbeitsverhältnis

4.6.3 Stiftungsaufsicht beider Basel

Die Gründung der BVG Stiftungsaufsicht beider Basel hat beim Justiz- und Sicherheitsdepartement in der Abteilung Recht zu einmaligen Sonderkosten geführt, die nicht budgetiert waren.

*Sonderaufwendungen
aufgrund neuer
Stiftungsaufsicht*

In direktem Zusammenhang mit der neuen Stiftungsaufsicht steht die Zunahme der Handelsregistereinträge um 15%. Da diese Einträge aufgrund des staatlich verordneten Wechsels der Aufsichtsbehörde unentgeltlich vorgenommen werden mussten, haben sich die Entgelte um 12.5% reduziert. Auch dabei handelt es sich um einen einmaligen Effekt. Dauerhaft entfallen werden hingegen die Erträge aus der BVG-Stiftungsaufsicht von etwa CHF 1 Mio. pro Jahr.

4.6.4 Motorfahrzeug-Prüfstation beider Basel

Die Rechnungslegung der Motorfahrzeug-Prüfstation beider Basel entspricht nicht den heutigen Standards. Sie weist kein Eigenkapital aus und das Jahresergebnis wird mit den Abschreibungen auf Null gestellt. Die Werthaltigkeit des Anlagevermögens kann deshalb nicht beurteilt werden. Ob die Höhe der von der Motorfahrzeug-Prüfstation erhobenen Gebühren korrekt ist, kann deshalb ebenfalls nicht beurteilt werden. Die Finanzkommission erachtet diesen Zustand als unbefriedigend und fordert die basel-städtischen Mitglieder der Betriebskommission auf, auf eine Verbesserung der Rechnungslegung hinzuwirken.

*Unbefriedigende Rech-
nungslegung der Mo-
torfahrzeug-Prüfstation*

4.7 Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt

in Mio. CHF	Rechnung 2012	Veränderung gegenüber	
		Budget 2012	Rechnung 2011
Aufwand ¹	761.9	18.5 (2.5%)	42.3 (5.9%)
Ertrag	301.1	12.9 (4.5%)	14.7 (5.1%)
ONA ¹	460.8	5.6 (1.2%)	27.6 (6.4%)

in 100%	Ende 2012	Ende 2011	Differenz
Headcount	657.9	618.6	+39.3

¹ Der Teuerungsausgleich auf den Löhnen der Angestellten wird im Budget zentral eingestellt, in der Rechnung aber bei den Departementen ausgewiesen. Im Jahr 2012 ist allerdings kein Teuerungsausgleich angefallen.

Das Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt weist – erstmals in seinem Bestehen – eine Budgetüberschreitung auf Ebene ONA auf. In den letzten Jahren waren die Eigenen Beiträge – die ausbezahlten Sozialleistungen – meist zu pessimistisch budgetiert, was zu Vorgabenerüberschreitungen führte. 2012 liegen sie deutlich über dem Voranschlag. Während das Departement auf betrieblicher Ebene das Budget um CHF 9.1 Mio. unterschreitet, liegen die nicht direkt beeinflussbaren Ausgabe-positionen der sozialen Sicherheit um CHF 14.7 Mio. darüber.

*Budgetüberschreitung
aufgrund hoher
Ausgaben für soziale
Sicherheit*

Der Personalaufwand liegt CHF 8.2 Mio. Franken unter Budget. CHF 4.8 Mio. davon gehen auf tiefere Lohnkosten beim Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) zurück, das bedeutend weniger projektfinanzierte Stellen besetzt hat. Das Budget der Vormundschaftsbehörde basierte auf einem vollständig ausgebauten Betrieb gemäss neuem Kindes- und Erwachse-

nenschutzrecht. Weil der Aufbau aber erst im Verlauf des Jahres 2012 begonnen hat (und erst 2013 abgeschlossen wird), ist das Personalbudget um CHF 2.2 Mio. unterschritten worden.

Weil die steigenden Sozialkosten auch zu höheren Bundesbeiträgen führen, muss zur Beurteilung des Nettoeffekts jeweils die Aufwand- und die Ertragsseite betrachtet werden. Das Amt für Sozialbeiträge (ASB) verzeichnet zwar einen um CHF 16.3 Mio. Franken höheren Aufwand als budgetiert – CHF 12.0 Mio. für Ergänzungsleistungen, CHF 3.3 Mio. für die Behindertenhilfe und CHF 1.0 Mio. für übrige Leistungen. – dank höherer Bundesbeiträge und Rückforderungen für Ergänzungsleistungen und Prämienverbilligungen aber auch einen um CHF 7.1 Mio. über Budget liegenden Ertrag. Der Bereich Sozialhilfe und Migration verzeichnet aufgrund höherer Fallzahlen einen um CHF 7.3 Mio. über Budget liegenden Aufwand, dank höherer Bundesbeiträge im Bereich Migration aber auch um einen CHF 4.7 Mio. darüber liegenden Ertrag.

Steigende Sozialkosten führen zu höheren Bundesbeiträgen

Die mit CHF 20.1 Mio. budgetierten Einlagen in Spezialfinanzierungen sind um CHF 3.6 Mio. überschritten worden – aufgrund der einmaligen, aus dem Fonds zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit stammenden Einlage in den Standortförderungsfonds von CHF 5 Mio. und der um CHF 1.4 Mio. unter Budget gebliebenen Einnahmen aus der Förderabgabe.

Der Headcount des Departements für Wirtschaft, Soziales und Umwelt steigt parallel zum bewilligten Plafond – allerdings rund 20 Stellen unter diesem – um 39 Stellen. Der Zuwachs begründet sich in der Neuausrichtung des Kindes- und Erwachsenenschutzrechts zum einen, in der neuen personalrechtlichen Situation von Springern sowie einer Headcount-Verschiebung aus dem Gesundheitsdepartement ins ASB (Bereich Behindertenhilfe) zum anderen.

Headcount steigt um 39 Stellen

4.7.1 Sozialhilfe

Wegen ihres subsidiären Charakters ist die kantonale Sozialhilfe immer dann gefragt, wenn keine anderen Sozialleistungen (mehr) ausgerichtet werden. Änderungen auf Bundesebene wie die Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (AVIG) beeinflussen die Inanspruchnahme der Sozialhilfe stark. Auch die steigenden Krankenkassenprämien führen indirekt zu Mehrausgaben in der Sozialhilfe. Eine Steuerung durch den Kanton ist deshalb nur sehr beschränkt möglich. Ebenfalls kaum beeinflussen lässt sich die Mengenausweitung aufgrund konjunktureller Effekte.

Sozialhilfe mit subsidiärem Charakter

Die Revision des AVIG hat diesen Sozialversicherungszweig entlastet – gleichzeitig aber Kosten zu den für die Sozialhilfe zuständigen Kantonen und Gemeinden verschoben. Ähnliches gilt für die bevorstehende IV-Revision 6b. Wenn eine volle Rente künftig nur noch ab einem Invaliditätsgrad von 80% ausgerichtet wird, müssen die Kantone mehr Ergänzungsleistungen auszahlen. Ab 2016 entfällt die Rückerstattungspflicht der Heimatkantone von in einem anderen Kanton Sozialhilfe beziehenden Personen. Der im Kanton Basel-Stadt aus der heutigen Bestimmung anfallende Ertrag von etwa CHF 3 Mio. entfällt mit dieser Revision.

Änderungen auf Bundesebene erhöhen Sozialausgaben im Kanton

Es läge in der Hand des eidgenössischen Parlaments, solche Mehrbelastungen für die Kantone zu verhindern. Am stärksten betroffen sind die grossen Städte. Sie sollten beim Bund gemeinsam vorstellig werden, um

Stärkere Einflussnahme auf Bundesebene notwendig

solche Mechanismen zu verhindern. Ein Engagement der eidgenössischen Parlamentarierinnen und Parlamentarier ist zwingend nötig. Es darf nicht sein, dass jene Gemeinwesen mit einem grossen Anteil Unterstützungsbedürftiger alle Lasten allein tragen müssen. Zusätzlich zu den bereits bestehenden Kontakten zum eidgenössischen Parlament wäre zu prüfen, ob nicht eine koordinierte Aktion der hauptbetroffenen Kantone gegenüber dem Bund angezeigt wäre.

4.8 Gerichte

in Mio. CHF	Rechnung 2012	Veränderung gegenüber	
		Budget 2012	Rechnung 2011
Aufwand ¹	59.2	1.3 (2.3%)	1.3 (2.2%)
Ertrag	24.7	-5.2 (-17.5%)	-0.2 (-0.9%)
ONA ¹	34.5	6.6 (23.5%)	1.5 (4.4%)

in 100%	Ende 2012	Ende 2011	Differenz
Headcount	236.3	234.9	+1.4

¹ Der Teuerungsausgleich auf den Löhnen der Angestellten wird im Budget zentral eingestellt, in der Rechnung aber bei den Departementen ausgewiesen. Im Jahr 2012 ist allerdings kein Teuerungsausgleich angefallen.

Die Gerichte verzeichnen einen um CHF 6.6 Mio. oder fast einen Viertel über Budget liegenden ONA. Gegenüber dem Vorjahr steigt er um CHF 1.5 Mio. Während das Sozialversicherungsgericht wegen unter den Erwartungen liegenden Richterhonoraren unter dem Budget bleibt, überschreiten es die übrigen Gerichte deutlich.

*ONA der Gerichte
deutlich über Budget*

Das Appellationsgericht führt die Überschreitung um CHF 2.0 Mio. oder 22.5% auf die vom Grossen Rat bewilligte verlängerte Einsetzung eines ausserordentlichen Präsidenten und Einsätze von ausserordentlichen Gerichtsschreiberinnen und -schreibern sowie auf das geänderte Abrechnungsverfahren zwischen dem Straf- und dem Appellationsgericht zurück. In Folge der Neuorganisation des Strafvollzuges, der nun für die Inkassobemühungen in Strafverfahren zuständig ist, werden die erstinstanzlichen Kosten des Strafgerichts vom Appellationsgericht beglichen.

Das Zivilgericht überschreitet den budgetierten ONA um CHF 1.8 Mio., was einer Abweichung von 31,2% entspricht. Die Gründe für die Überschreitung der budgetierten Portokosten um CHF 0.9 Mio. sind noch nicht geklärt. Fortgesetzt hat sich Trend zu reduzierten Gebühreneinnahmen – eine Folge der neuen Zivilprozessordnung (ZPO). Sämtliche materiellen Fälle, die seit dem 1. Januar 2011 anhängig gemacht wurden, gehen zuerst in ein Schlichtungsverfahren. Weil erfreulicherweise viele auf dieser Stufe erledigt werden, sinken die Gebühreneinnahmen.

*Sinkende Gebühreneinnahmen
beim Zivilgericht*

Auch beim Gericht für Strafsachen geht der um CHF 3.5 Mio. oder 66.7% unter Budget liegende ONA vor allem auf die Einnahmeseite zurück. Die Entgelte erreichen mit CHF 1.7 Mio. lediglich einen Drittel der veranschlagten Summe. Die Budgetierung der Einnahmen aus Urteilsgebühren, Bussen und Geldstrafen war gemäss Einschätzung des Gerichts „zu optimistisch“.

*Zu optimistisch budgetierte Einnahmen
beim Strafgericht*

Der Headcount der Gerichte erhöht sich leicht um 1.4 auf 236.3 Stellen. Dabei kommt es zwischen den Gerichten zu keinen Verschiebungen.

Die inhaltlich hochqualifizierte Arbeit der Gerichte ist auch in finanzieller Hinsicht im Zusammenhang mit teilweise neuen Verfahren und Abläufen zu sehen und mittelfristig auch einer Beurteilung der finanziellen Fragen in diesem Gesamtzusammenhang zu unterziehen. Selbstredend ist die unabhängige Rolle der Justiz zu wahren.

4.9 Parlament

in Mio. CHF	Rechnung 2012	Veränderung gegenüber	
		Budget 2012	Rechnung 2011
Aufwand ¹	8.4	-1.8 (-16.8%)	-0.1
Ertrag	0.1	0.0 (37.4%)	0.0
ONA ¹	8.3	-1.7 (-17.1%)	-0.1

in 100%	Ende 2012	Ende 2011	Differenz
Headcount	29.8	29.6	+0.2

¹ Der Teuerungsausgleich auf den Löhnen der Angestellten wird im Budget zentral eingestellt, in der Rechnung aber bei den Departementen ausgewiesen. Im Jahr 2012 ist allerdings kein Teuerungsausgleich angefallen.

Zum Parlament gehören der Grosse Rat inklusive die ihm unterstellten Behörden Finanzkontrolle, Ombudsstelle, Parlamentsdienst und Datenschutzbeauftragter.

Die vier dem Grossen Rat unterstellten Behörden Finanzkontrolle, Parlamentsdienst, Datenschutzbeauftragter und Ombudsstelle weisen alle einen unter Budget liegenden ONA aus. Die Finanzkontrolle konstatiert einen um knapp CHF 0.6 Mio. oder 18.6% unter Budget liegenden Personalaufwand wegen einer vakanten Stelle und budgetierten, aber vom Verwaltungsgericht nur teilweise gutgeheissenen Lohnerhöhungen. Auch Ombudsstelle, Parlamentsdienst (inklusive Grosser Rat) und der Datenschutzbeauftragte liegen beim Aufwand teilweise deutlich unter Budget.

4.10 Regierungsrat

in Mio. CHF	Rechnung 2012	Veränderung gegenüber	
		Budget 2012	Rechnung 2011
Aufwand ¹	2.8	-0.1 (-4.0%)	-0.1 (-2.3%)
Ertrag	0.0	-0.0 (-17.0%)	0.0 (-17.6%)
ONA ¹	2.8	-0.1 (-4.0%)	-0.1 (-2.3%)

in 100%	Ende 2012	Ende 2011	Differenz
Headcount	7.0	7.0	+/-0.0

¹ Der Teuerungsausgleich auf den Löhnen der Angestellten wird im Budget zentral eingestellt, in der Rechnung aber bei den Departementen ausgewiesen. Im Jahr 2012 ist allerdings kein Teuerungsausgleich angefallen.

Budget und Rechnung des Regierungsrats liegen traditionsgemäss nahe beieinander. Auch gegenüber dem Vorjahr sind keine wesentlichen Differenzen festzustellen.

5. Antrag

Die Finanzkommission beantragt dem Grossen Rat mit 13:0 Stimmen, die Staatsrechnung 2012 des Kantons Basel-Stadt zu genehmigen. Sie hat diesen Bericht an ihrer Sitzung vom 30. Mai 2013 einstimmig verabschiedet und ihren Präsidenten zum Sprecher bestimmt.

Im Namen der Finanzkommission



Patrick Hafner
Präsident

Beilage
Entwurf Grossratsbeschluss



Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Bildungs- und Kulturkommission

Bildungs- und Kulturkommission
Basel, 21. Mai 2013

Kommissionsbeschluss vom 8. Mai 2013

**Mitbericht der Bildungs- und Kulturkommission zu den
Rechnungen der fünf kantonalen Museen für das Jahr 2012
zuhanden der Finanzkommission**

1. Auftrag und Vorgehen

Gemäss § 9 Abs. 4 des Gesetzes über die Museen des Kantons Basel-Stadt (Museumsgesetz) vom 19. Juni 1999 erfolgt in „der Bildungs- und Kulturkommission (BKK) des Grossen Rats (...) die Vorberatung zu Globalbudget und Leistungsteil (Definitionen und übergeordnete Ziele der Produktgruppen)“. Als Konsequenz davon behandelt die BKK ebenfalls die zugehörigen Jahresrechnungen der Museen. Die Ergebnisse ihrer Beratung werden seit 2011 dem Grossen Rat als Mitbericht zuhanden der Finanzkommission vorgelegt. Zuvor wurde ein eigenständiger Bericht abgegeben.

In fünf Subkommissionen haben die Mitglieder der Bildungs- und Kulturkommission im Mai 2013 mit den Direktionen sowie den Verwaltungsleitungen der kantonalen Museen die Rechnungsergebnisse auf der Basis der übergeordneten Ziele sowie der daraus abgeleiteten operativen Ziele behandelt. Die Museen schätzen die Besuche der Subkommissionen sehr. Sie geben Gelegenheit, die Anliegen der Museumsleitung mit den Vertretungen der Legislative unmittelbar zu besprechen.

Im Sinne einer einheitlichen Vorgehensweise verwendet die Bildungs- und Kulturkommission einen Frageraster, anhand dessen die Gespräche über die Rechnungen 2012 geführt worden sind. Die Antworten wurden schriftlich festgehalten und auf ihre inhaltliche Genauigkeit von den Museumsverantwortlichen gegengelesen. Dieser Bericht fasst die Gesprächsergebnisse und Aussagen der Museen zusammen.

Die Subkommissionen setzen sich wie folgt zusammen:

Subkommission Antikenmuseum:	Andrea Bollinger Oskar Herzig Joël Thüring
Subkommission Historisches Museum:	Sibylle Benz Hübner Martin Lüchinger Ernst Mutschler
Subkommission Kunstmuseum:	Sibylle Benz Hübner Martina Bernasconi Franziska Reinhard
Subkommission Museum der Kulturen:	Oswald Inglin Joël Thüring Christine Wirz-von Planta
Subkommission Naturhistorisches Museum:	Heidi Mück Annemarie Pfeifer-Eggenberger Elias Schäfer

2. Rechnungen der Museen

2.1 Antikenmuseum

2.1.1 Überblick

in Mio. CHF	Rechnung 2012	Veränderung zu Budget 2012	Veränderung zu Rechnung 2011
Aufwand	6.8	-1.1 (-13.5%)	0.4 (6.9%)
Ertrag	1.5	-1.1 (-40.9%)	0.5 (51.4%)
ONA	5.2	0 (0.1%)	-0.1 (-1.6%)

in Mio. CHF	Rechnung 2012	Budget 2012	Differenz
Personalaufwand	3.6	3.8	-5.7%

Schwankungen auf der Ausgaben- wie auf der Einnahmeseite sind abhängig von den Sonderausstellungen und deren Erfolg. (Die Sonderausstellung „Petra“ wurde verlängert und reist anschliessend – gegen eine Konzeptgebühr – nach Leyden.)

Malus blieb beinahe unverändert

Der Malus blieb beinahe unverändert. Der Verlust im 2011 ergab sich durch geringe Besucherzahlen bei „Eretria“ und „Schmidt“. Dazu kommt noch die Kürzung der Budgetvorgabe, die nicht erfüllt werden konnte.

Jahr	Bonus /Malus	Stand Malus Jahresende
2010	CHF 6'000	CHF -195'200
2011	CHF -33'100	CHF -228'300
2012	CHF -1'600	CHF -229'900

2.1.2 Personal

2012 teilten sich 47 Personen 2830 Stellenprozente bei einem Plafond von 3010 Stellenprozenten. Es handelt sich dabei um einen kleinen Rückgang gegenüber 2011 mit 2950 beanspruchten Stellenprozenten. Personalaufwand ist abhängig von Sonderausstellungen.

Personalaufwand schwankt mit Ausstellungstätigkeit

Das Kader (ab Lohnklasse 16) blieb unverändert. Es gibt zwei Attestlernende.

Überzeit weist derzeit eine Kuratorin aus. Die Überzeit muss kompensiert werden.

2.1.3 Leistungsausweitung/Leistungsabbau und Restrukturierungen

Leistungsausweitungen sind der Kinderparcours in der Ausstellung (Petra), das Gartenrestaurant, das auf die Sonderausstellung Petra angepasste Shop-Angebot.

Restrukturierungen wurden nicht vorgenommen

2.1.4 Mittelfristige Planung und Investitionsbedarf

Im Herbst 2013 kommt die Sonderausstellung „Männer“ im Skulpturensaal und in der Skulpturenhalle (Aktualitätsbezug!). Für 2014 sind mehrere kleinere Sonderausstellungen geplant. Verhandlungen zu einer grösseren Ausstellung laufen, nachdem eine in Zusammenarbeit mit einem deutschen Museum geplante grosse Ägypten-Ausstellung aufgrund von Problemen im Partnermuseum leider nicht realisiert werden kann. Verschiedene Ersatz-Optionen werden derzeit geprüft.

Neben den Sonderausstellungen soll jedoch die (schlecht besuchte) Dauerausstellung neu strukturiert, nach Themen geordnet und neu inszeniert werden.

Der Investitionsbedarf ist abhängig von der Bestandsaufnahme des AMB, durchgeführt vom BVD, und von der Standortfrage: Der geplante Umzug in den Berri-Bau macht längerfristiges Planen momentan unmöglich. Die Museumsverantwortlichen hegen gegenüber dem Umzug gemischte Gefühle. Sie wurden aus ihrer Sicht im Vorfeld nicht genügend eingebunden. Bis heute liegen keine exakten Pläne vor, wann welche Räumlichkeiten zur Verfügung stehen würden. Die Verantwortlichen halten den Berri-Bau nicht von vornherein für einen idealen Standort für ein Antikenmuseum und dessen komplexe Ausstellungstätigkeit. Sie würden es begrüßen, wenn das PD sie bei den weiteren Planungsschritten eng einbeziehen würde. Die BKK nimmt diese Äusserungen zur Kenntnis, hält aber auch fest, dass ihr solche Bedenken unter dem vorigen Direktorium nicht entgegen getragen wurden.

2.1.5 Kundschaft

Die Bedürfnisse der Kundschaft ändern sich grundsätzlich nicht. Eine Tendenz zu Block-Buster-Ausstellungen ist zu erkennen. Das Publikum will bekannte Themen mit emotionaler Ansprache.

Die Vollkosten liegen bei CHF 100 pro Besucherin und Besucher; jedoch schwankt diese Zahl abhängig vom Aufwand einer Sonderausstellung.

2.1.6 Sponsoring, Fundraising und Public Private Partnership

Für den Dauerbetrieb gibt es keine festen Einnahmen von Sponsoren. Bei Sonderausstellungen müssen potentielle Sponsoren gezielt angesprochen werden. Pro Sonderausstellung braucht es circa CHF 1'000'000 aus Sponsoring. Die Sponsorensuche wird tendenziell schwieriger.

Pro Sonderausstellung werden ca. CHF 1 Mio. an Sponsorengeldern nötig

2.1.7 Zusammenarbeit

Die Zusammenarbeit mit den anderen Museen ist gut, offen und kollegial. Das AMB steht mit seinem Angebot einzigartig in Basel da. Die Zusammenarbeit mit der Universität funktioniert gut: Museumsmitarbeiter halten Vorlesungen; Rektor Loprieno sitzt in der Kommission des Museums.

2.1.8 Kontrollsystem

Das interne Kontrollsystem geschieht durch rigoroses Vier-Augen-Prinzip und durch eine Budgetierung auf Kostenstellenebene. Unterstützung im Personalbereich erfolgt durch das Präsidialdepartement.

2.2 Historisches Museum

2.2.1 Überblick

in Mio. CHF	Rechnung 2012	Veränderung zu Budget 2012	Veränderung zu Rechnung 2011
Aufwand	11.0	0.2 (1.9%)	-0.1 (-1.2%)
Ertrag	0.6	-0.1 (-13.4%)	-0.4 (-37.2%)
ONA	10.4	0.3 (3%)	0.2 (2.2%)

in Mio. CHF	Rechnung 2012	Budget 2012	Differenz
Personalaufwand	6.7	6.6	2.5%

Der Aufwand überstieg das Budget um CHF 299'800 (ordentlicher Nettoaufwand), bei den Vollkosten d.h. inklusive den kalkulatorischen- und Umlagekosten um CHF 394'800 was einem ONA Wachstum von 3,0% entspricht. Die Abweichung wird mit Mehraufwand für Projekte sowie den erhöhten kalkulatorischen Kosten aufgrund der neuen Dauerausstellung in der Barfüsserkirche begründet. Zudem wurde vermehrt in die Vermittlung investiert. Erfreulich ist die leichte Steigerung der Besucherzahlen.

Der Bonus sowie die Rückstellungen aus den Vorjahren zeigt folgende Entwicklung:

2010: CHF 817'500
 2011: CHF 634'000
 2012: CHF 428'000

Anmerkung: Nur 50% des Malus mussten aus den Rückstellungen gedeckt werden. Bei fehlendem Budget wird die Reserve hauptsächlich für Sonderausstellungen sowie für Publikationen usw. eingesetzt.

2.2.2 Personal

Der Headcount schwankt je nach Projekten und Sonderausstellungen.

Er ist leicht gesunken:

2010: 51.35

2011: 52.17 (20% Sekretariat noch inbegriffen).

2012: 51.69 (Assistenz Museum für Pferdestärken und Restaurierung noch inbegriffen)

2013: 50.02

Am Ende des Berichtsjahres waren 104 Personen (2011: 105), angestellt.

Es gab keine Zunahme an Stellen ab LK 16.

Das HMB bildet ab August 2012 einen Fachmann Betriebsunterhalt aus. Zudem sind drei wissenschaftliche Assistenzen sowie diverse Praktikant/-innen in der Restauration sowie Studierende im HMB tätig.

Überhänge im Gleizeit-Saldo fallen durch termingebundene Arbeit für Sonderausstellungen und Publikationen sowie bei den zahlreichen Teilzeitanstellungen bei Sonderöffnungen und Abendveranstaltungen an. Mehrstunden ab einem Saldo von 80 Stunden verfallen normalerweise am Monatsende. Beim Teilzeitpersonal in Aufsicht und Kasse wurde Überzeit ausbezahlt, da externe Anlässe/Führungen ausserhalb der regulären Öffnungszeiten nicht geplant werden können. Dasselbe gilt bei längeren Krankheits- bzw. Unfallabsenzen.

2.2.3 Leistungsausweitung/Leistungsabbau und Restrukturierungen

Das HMB hat seinen grafischen Auftritt vollkommen neu gestaltet und das Angebot Web 2.0 implementiert (Facebook etc.). Den einzelnen Museen wurden neuen Namen gegeben. Museum für Geschichte (Barfüsserkirche), Museum für Wohnkultur (Kirschgarten), Museum für Musik (Lohnhof), Museum für Pferdestärken (Brüglingen). Hinsichtlich Besucherfreundlichkeit sind neu in allen Museum Kinderwagen und Rollatoren zugelassen.

Vorgesehen ist neu, dass jeweils pro Jahr zwei Sonderausstellungen realisiert werden. Dafür will das HMB vermehrt auf Kooperationen mit anderen Museen oder Partnerinstitutionen setzen.

Die Besucherzahl erreichte einen neuen Höchststand von 157'330. (Budget: 145'000). Ebenso konnte die Anzahl der Gruppenführungen und Schulklassen weiter gesteigert werden.

Der Ausbau des Marketingbereichs wurde durch Besetzung der Stelle vorangetrieben. Die betrieblichen Abläufe werden permanent auf mögliche Optimierungen durchleuchtet.

2.2.4 Mittelfristige Planung und Investitionsbedarf

Die Sonderausstellungen ab 2014 sind mehr oder bis 2016 in Vorbereitung bzw. sind thematisch fixiert. Neben der Generalsanierung Kirschgarten gilt es über die Weiterführung und Finanzierung des Museums für Pferdestärken zu entscheiden.

Generalsanierung und Neukonzeption der Dauerausstellung im Haus zum Kirschgarten, weitere Depot-Zentralisierung. Diese Schritte sind abhängig von der zukünftigen kantonalen Museumsstrategie die zurzeit vom Präsidialdepartement erarbeitet wird.

2.2.5 Sponsoring, Fundraising und Public Private Partnership

Im Jahresbericht 2012 des HMB finden sich ab Seite 124 ausführliche Informationen zu den Drittmitteln und Gratisleistungen in der Höhe von ca. CHF 1'163'500.

2.2.6 Kundschaft

Der neue Auftritt bzw. Erscheinungsbild des HMB wurde von den Besucher/-innen positiv aufgenommen. Ebenso sind Feedbacks der Lehrpersonen nach Klassenbesuchen durchwegs sehr positiv. Die

Kosten pro Besucherin und Besucher lagen 2012 bei CHF 69.90 (2011: CHF 71, 2010: CHF 70).

2.2.7 Zusammenarbeit

Die Zusammenarbeit ist gut und in unterschiedlichen Formen organisiert. Sie findet kontinuierlich als geregelter Austausch statt (Museumsdirektoren staatlich und erweiterte Runde; Arbeitsgruppe Bildung & Vermittlung aller Museen, Museumsstamm etc.). Projektbezogen im Rahmen von Ausstellungen und Vermittlungsprojekten. Wie zum Beispiel für die Ausstellung „schuldig“ wo eine Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft, Polizei, Gefängnisse, Verein Frauenstadtrundgang etc. stattfand, oder für ein zukünftiges Projekt „pop@basel“ im Museum für Musik mit dem Rockförderverein, Basler Bands etc. Weiter mit Cartoon Museum für das Projekt Totentanz. Die Zusammenarbeit mit Schulen, Bildungs-Institutionen und Universitäten ist intensiv. Es bestehen mehr als 20 Angebote für Schulen. In der Lehre werden Übungen „Geschichte im Museum“ - Museumsarbeit am Beispiel der Sonderausstellung „schuldig“ durchgeführt.

2.2.8 Kontrollsystem

Es gilt das Vier- bzw. Sechsaugenprinzip (Unterschriften). Projekte werden mit separaten Projektbudgets überwacht.

2.2.9 Weitere Bemerkungen

Das HMB hat sich eine „Mission Statement“ und ein Leitbild erarbeitet.

2.3 Kunstmuseum

2.3.1 Überblick

in Mio. CHF	Rechnung 2012	Veränderung zu Budget 2012	Veränderung zu Rechnung 2011
Aufwand	20.0	-2.2 (-9.8%)	0 (0.2%)
Ertrag	6.5	-2.2 (-25.1%)	-0.3 (-4.2%)
ONA	13.5	0 (0.1%)	0.3 (2.6%)

in Mio. CHF	Rechnung 2012	Budget 2012	Differenz
Personalaufwand	10.36	10.42	-0.6%

Die Minderausgaben von CHF 2.2 Mio. zum Budget 2012 ergeben sich hauptsächlich durch folgende, höher budgetierte Kostenpositionen:

- Leihverkehr & Einrichtungen von Ausstellungen CHF 1.3 Mio.
- Sachversicherungen von Ausstellungen CHF 0.5 Mio.
- Einkauf Handelswaren für den Buchladen CHF 0.2 Mio.

Diese Kostenpositionen stehen in direktem Zusammenhang mit dem Ausstellungsbetrieb und beziehen sich auf den effizienten und optimierten Mitteleinsatz des KMB.

Die Mindereinnahmen von CHF 2.2 Mio. zum Budget 2012 haben folgende Ursachen:

- Die geringere Inanspruchnahme von verrechneten Dienstleistungen (Führungen, Erlöse Buchladen, etc.) wurden

Mindereinnahmen und Minderausgaben halten sich die Waage

nicht vollständig durch Mehreinnahmen aus Eintritten kompensiert. Totale Mindereinnahmen zum Budget 2012 rund CHF 0.4 Mio.

- Die erwarteten Beiträge Dritter beziehen sich mehrheitlich auf den Ausstellungsbetrieb bzw. stehen in direkter Abhängigkeit dazu. Diese waren 2012 um CHF 1.8 Mio. höher budgetiert, in Entsprechung des erwarteten Aufwands.

Der Bonus/Malus-Verlauf der letzten Jahre stellt sich wie folgt dar:

Jahr	Bonus /Malus	Stand Malus Jahresende
2010	CHF 246'600	CHF 247'600
2011	CHF 0	CHF 247'600
2012	CHF 132'100	CHF 379'700

Es bestehen noch keine Vorgaben zum Gebrauch dieses Bonus.

2.3.2 Personal

Stand 31. März 2013: 117 Mitarbeitende

Zusätzlich 27 Museumsguides sowie 6 wissenschaftliche Mitarbeitende

Keine Veränderung des Personalbestandes im Headcount sowie bei Stellenprozenten.

Für die Sonderausstellungen sind zusätzlich 2 wissenschaftliche Mitarbeitende befristet auf max. fünf Jahre im Einsatz (150 Stellenprozent); dies ist jedoch nicht Headcount-relevant.

Das Kader (ab Lohnklasse 16) hat nicht zugenommen. Personal in Ausbildung ist:

- 1 lernender Büroassistent (Abschluss Sommer 2013), ab 1. August 2013 1 lernende Büroassistentin
- 1 lernende Buchhändlerin (seit Sommer 2012)
- 1 Praktikum Berufsmatur (jeweils 1 Jahr)

Grundsätzlich erfolgt Kompensation der Mehrstunden, in Ausnahmefällen Erhöhung des Pensums für maximal 4 Monate (Regelung BS) bzw. Auszahlung der Mehrstunden.

Überzeit muss kompensiert werden

2.3.3 Leistungsausweitung/Leistungsabbau und Restrukturierungen

Eine Ausweitung des Angebots und Restrukturierungen sind erst per 2016 mit der Inbetriebnahme des Erweiterungsbaus geplant.

2.3.4 Mittelfristige Planung und Investitionsbedarf

Mit der Inbetriebnahme des Erweiterungsbaus im 2016 sollen die Besucherzahlen um 36% auf 300'000 erhöht werden.

- Veränderung Personalaufwand 2013/2016: 2,07 Mio. (+20,4%)
- Veränderung Sachaufwand 2013/2016: 2,31 Mio. (+31,3%)
- Veränderung Betriebsaufwand 2013/2016: 1,47 Mio. (+40,4%)
- Veränderung Totalaufwand 21,16 Mio. auf 27 Mio. (+27,6%)
- Veränderung Staatsbeitrag: 2,3 Mio.

Investitionen im Zusammenhang mit Erweiterungsbau vorgesehen, ebenso Erhöhung der Besucherzahlen

Investitionen sind im Zusammenhang mit der Ausstattung im Erweiterungsbau sowie mit betrieblichen Anpassungen im Hauptbau (erweiterte Sammlungspräsentation) vorgesehen, zudem im Restauratoren-Atelier, Depot und für zusätzliche Arbeitsplätze. Die genaue Summe kann noch nicht abschliessend beziffert werden. Ein grosser Teil der Investitionen wird voraussichtlich über den Baukredit abgewickelt.

Weiterhin ist für die Anschaffung von Kunst für den Zeitraum der Jahre 2014–2017 ein Investitionsvolumen von CHF 4.0 Mio. beantragt.

2.3.5 Kundschaft

Vom KMB wird inzwischen eine Onlinepräsenz bezüglich der Buchungsmöglichkeit von Eintritten und Führungen sowie Bestellmöglichkeiten von Artikeln aus der Buchhandlung/Shop erwartet. Weiterhin möchten Museumsbesucher auch in Euro bezahlen. Dies wurde grösstenteils schon umgesetzt.

Kundenbefragungen werden regelmässig durchgeführt, meist in Zusammenarbeit mit Hochschulen und Universitäten. Insgesamt besteht ein zunehmendes Bedürfnis an sog. Serviceleistungen.

*Regelmässige
Kundenbefragungen
zeigen einen erhöhten
Servicebedarf*

Kosten pro Besucherin und Besucher (ohne Abschreibungen u. kalk. Kosten): CHF 81,39 (Kosten CHF 19'991'932 auf 245'635 Eintritte).

2.3.6 Sponsoring, Fundraising und Public Private Partnership

Zahlen für das Jahr 2012:

- Rechnungswirksame Beiträge gesamt: 1,97 Mio.
- Ausstellungen: 0,77 Mio.
- Gebundene Beiträge: 0,99 Mio.
- Beiträge Kunstankäufe: 0,22 Mio.

Geplantes Fundraising:

- Private Beiträge 2013: 2,34 Mio.
- Private Beiträge 2016: 3,25 Mio (+39%)

Die Professionalisierung des Fundraising geschieht mit diversen Massnahmen, u.a. ein spezifisches Kommunikationskonzept für die Gewinnung von Donatoren/Sponsoren.

*Professionelles
Fundraising nötig,
starke Steigerung für
Inbetriebnahme
Erweiterungsbau
vorgesehen*

2.3.7 Zusammenarbeit

Regelmässige Zusammenarbeit erfolgt folgendermassen:

- Museumsdirektorenkonferenz
- Verwaltungsleiterkonferenz
- Konferenz der Kunst & Design Museen Basel
- Kunsthistorisches Seminar, Universität Basel

Dazu kommen diverse Projekte mit der Universität Basel und der Hochschule für Gestaltung und Kunst Basel.

2.3.8 Kontrollsystem

Für das Kunstmuseum und das Museum für Gegenwartskunst gilt eine Ausgaben- und Vollzugsbewilligung. Darin ist geregelt:

Nur die Kostenstellenverantwortlichen und deren Stv. haben die Berechtigung für das 1. Visum.

Die Berechtigten für die Zahlungsfreigabe nach Betragslimiten und deren Stv. für das 2. Visum:

- Betragslimite <CHF 5'000 erfolgt 2. Visum durch Buchhaltung
- Betragslimite >CHF 5'000 erfolgt 2. Visum durch Direktion
- Betragslimite >CHF 20'000 erfolgt 2. Visum durch beide Direktoren

*Nach Beträgen
differenzierte
Unterschriftenregelung*

Zusätzlich gilt in der Buchhandlung/Shop eine Bestellkompetenz-Regelung für alle Mitarbeitenden, welche Einkäufe für die Buchhandlung/Shop tätigen. Diese ist ebenfalls mit Beitragslimiten pro Mitarbeitenden fixiert.

Für alle Kassenverantwortlichen im Kunstmuseum und Museum für Gegenwartskunst sind ab dem 1. Januar 2013 Richtlinien zur Kassenführung verbindlich, welche durch alle Kassenmitarbeitende einzuhalten sind.

2.3.9 Weitere Bemerkungen

Im Zusammenhang mit den Schulklassen-Führungen stellt das KMB zur Diskussion, ob nicht von Seiten des Erziehungsdepartementes ein Beitrag an den Aufwand geleistet werden könnte.

*Wunsch nach
finanziellem Beitrag
aus dem ED an
Schulklassen-
Führungen*

2.4 Museum der Kulturen

2.4.1 Überblick

in Mio. CHF	Rechnung 2012	Veränderung zu Budget 2012	Veränderung zu Rechnung 2011
Aufwand	9.3	-0.8 (-8.2%)	0 (-0.1%)
Ertrag	1.0	-0.8 (-45.1%)	-0.5 (-34.3%)
ONA	8.3	0 (0%)	0.5 (6.6%)

in Mio. CHF	Rechnung 2012	Budget 2012	Differenz
Personalaufwand	4.8	4.9	-1.9%

Das Budget 2012 wurde erstellt, ohne dass auf Erfahrungswerte auf einen Vollbetrieb zurückgegriffen werden konnte, da die Neueröffnung des MKB erst im September 2011 erfolgte und das Budget 2012 bereits im Juni 2011 eingegeben werden musste.

*Erstes Rechnungsjahr
seit Neueröffnung, d.h.
Budgetierung ohne
Erfahrungswerte*

Trotzdem konnte das Budget eingehalten werden, da relativ früh korrigierende Massnahmen ergriffen wurden wie Nichtbesetzung von vakanten Stellen oder Verlängerung der Laufzeit von Sonderausstellungen.

*Budget wurde durch
laufende Anpassungen
eingehalten*

Der Aufwand (B: CHF 10'098'926 – R: CHF 9269'336 – Differenz CHF 829'589) war insgesamt tiefer als budgetiert. Um Ende Jahr ein ausgeglichenes Budget zu realisieren, wurde bewusst auf die Besetzung vakanter Stellen verzichtet (Einsparung CHF 91'733). Ebenfalls waren die Sachkosten um CHF 738'203 tiefer als budgetiert. Einsparungen

wurden primär erzielt durch tiefere Ausstellungskosten von CHF 526'048 infolge Verlängerung von Ausstellungen bis 2013. Ebenfalls waren tiefer als geplant die Stromkosten (CHF 82'224) sowie diverse Material- und Unterhaltskosten, da mit der verspäteten Neueröffnung im 2011 diese erst im 2013 anfallen werden.

Der Ertrag (B: CHF 1'839'161 – R: CHF 1'009'950 – Differenz CHF 829'211) war insgesamt tiefer als geplant. Die geplanten Entgelte von CHF 521'500 wie Eintritt oder Warenhandel wurden um CHF 106'3051 übertroffen. Mit der Verschiebung der Eröffnungstermine neuer Ausstellungen und dem Verzicht einer Publikation zu einer Ausstellung mussten weniger Sponsorengelder beansprucht werden.

Der aktuelle Malus beträgt von CHF 191'900. Gegenüber dem Vorjahr gab es keine Veränderung, da die Rechnung 2012 ausgeglichen abgeschlossen wurde.

Das Malussystem ist nach Ansicht des MKB nicht zeitgemäss, hat keine nennenswerte Auswirkungen und sollte überdacht werden.

*Museum schlägt
Überdenken des
Bonus/Malus-Systems
vor*

2.4.2 Personal

Stand 30. April 2013:

Anzahl Personen: Total 89; 82 (IST) plus 7 (Besetzung vakanter Stellen).

Zunahme: 13 Personen (von 76 auf 89, davon 10 fremdfinanziert).

Headcount (Vollzeitstellen): 38,20; IST 34,75 und bereits verplant 3.20.

Nicht-Ausschöpfung Ende Jahr: 0.25 Stellenprozente.

Das Kader (ab Lohnklasse 16) hat nicht zugenommen. Per 30. April beschäftigt das MKB einen Lernenden (kaufmännischer Bereich); per 1. August 2013 zusätzlich eine Lernende (Polydesign 3D) und ab 2014 nochmals eine/n Lernende/n Polydesign 3D.

Überzeit besteht. Damit hängen die höhere Kadenz der Ausstellungen und die Erhöhung der Anzahl Mitarbeitende zusammen. In der Regel wird die Überzeit kompensiert; eine Auszahlung wird nur in Ausnahmefällen vorgenommen.

2.4.3 Leistungsausweitung/Leistungsabbau und Restrukturierungen

Im Bereich Kulturvermittlung wurde das Projekt „Kultur-Dialog/Dialog-Kultur“ neu eingeführt. Die Stiftung Mercator Schweiz finanziert den Einsatz von zehn speziell geschulten Kulturvermittlerinnen- und -vermittlern, die in den Dialog (Do-Nachmittag, Sa und So ganztags) mit den Besuchenden treten (1'500 protokollierte Gespräche seit Einführung am 1. Juli 2012 zwischen 3 Minuten und 2 Stunden, der Durchschnitt liegt bei 20 Minuten).

Es finden vermehrt private Anlässe in den Räumlichkeiten des MKB und des Museumsbistros statt; dadurch werden Mehreinnahmen generiert.

Die Zusammenarbeit mit der Initiative Kreativwirtschaft Basel (IKB, Martin Heller) wird intensiv gepflegt.

*Vermehrung privater
Anlässe in den
Museumsräumen
führen zu
Mehreinnahmen*

Restrukturierungen wurden keine vorgenommen.

2.4.4 Mittelfristige Planung und Investitionsbedarf

Pro Jahr werden 4 bis 5 Ausstellungen geplant; die Projekte für die nächsten zwei Jahre liegen fest. Die Vernissagen der nächsten Ausstellungen „POPCAP-13“ anlässlich der Art Basel, „Make up“ und „Papageienkoffer“ finden im Juni, September und November statt.

Führungen und Workshops werden weiterhin angeboten.

Ein Antrag für einen finanziellen Beitrag in der Höhe von CHF 1,8 Mio. für die Verbesserung der Akustik, für die Anpassung der Beleuchtung und für die Erweiterung der audiovisuellen Medien liegt bei der Regierung.

Die Renovation der Räumlichkeiten an der Augustinergasse 6 und 8 ist vordringlich. Das Hochbauamt hat die Projektleitung übernommen und holt Offerten ein.

*Renovation von
Räumlichkeiten steht
an*

2.4.5 Kundschaft

Nach der Neueröffnung wurde das Ausstellungskonzept des MKB in der Öffentlichkeit kritisiert. Das MKB reagierte auf die Kritik und leistete Aufklärungsarbeit. Heute ist die Akzeptanz des Ausstellungskonzeptes – im positiven – Sinne gestiegen.

Die Bedürfnisse der Besuchenden werden mit dem Einsatz des Management-Informationssystems WEBMARK ermittelt. Die Kosten pro Besucher/in lassen sich nicht ausweisen.

Die im Budget angegebene Anzahl der Besucherzahl von 100'000 wurde nicht erzielt. Das MKB hat sich diese Zahl selbst auferlegt und will in Zukunft eine moderatere Zahl anstreben.

*Der Kritik am
Ausstellungskonzept
wurde mit
Aufklärungsarbeit
begegnet*

2.4.6 Sponsoring, Fundraising und Public Private Partnership

Beiträge Dritter kamen 2012 in folgender Höhe ein: CHF 324'558 für Ausstellungen, Vermittlungsformat Kulturdialog und Beiträge an Tagungen. Ziel ist, künftig CHF 1 Mio. pro Jahr zu generieren. Gelder fliessen in erster Linie durch Anfragen bei Stiftungen und Privaten (Mäzenatentum) und nur spärlich seitens Privatwirtschaft.

Das MKB ist zurückhaltend in Bezug auf gemeinsame Produktionen mit und der Übernahme von Ausstellungen anderer Museen (hohe Kosten, grosser Aufwand), hat aber Interesse, die „hauseigenen“ Ausstellungen weiter zu vermitteln.

Ein griffiges Marketing-Konzept fehlt. Der Bekanntheitsgrad wird gesteigert mit dem Museumsfest (Ausweitung auch auf den Münsterplatz), der Museumsnacht, Anlässe bei Jubiläen (z.B. 100. Geburtstag von Meret Oppenheim) und durch Kontakte mit artverwandten Museen.

*Griffiges Marketing-
Konzept muss
erarbeitet werden*

2.4.7 Zusammenarbeit

Die Zusammenarbeit, besonders mit der Fachhochschule und der Universität (Einsitz in der Museumskommission), ist sehr gut.

In Zusammenhang mit dieser Frage wurde folgende Idee eines gemeinsamen Projektes aller Basler Museen (36 Museen auf 37km2!)

vorgeschlagen: Die Planung und Gestaltung eines Museumsweges durch die Museenlandschaft Basel.

2.4.8 Kontrollsystem

Wichtige Abläufe sind definiert; bei allen Zahlungen gilt das Vier-Auge-Prinzip.

2.5 Naturhistorisches Museum

2.5.1 Überblick

in Mio. CHF	Rechnung 2012	Veränderung zu Budget 2012	Veränderung zu Rechnung 2011
Aufwand	8.0	-0.5 (-5.6%)	-0.4 (-4.5%)
Ertrag	0.8	-0.2 (-22.3%)	-0.3 (-27.4%)
ONA	7.3	-0.3 (-3.5%)	-0.1 (-1.2%)

In Mio. CHF	Rechnung 2012	Budget 2012	Differenz
Personalaufwand	5.0	5.1	-2.6%

Beim Personalaufwand resultiert unter Zusammenzug aller Konten ein positiver Saldo von CHF 134'933.

Positive Saldi bei Aufwand und Erträgen

Besonderes Merkmal: Konto Rückversicherung Krankentaggelder Zahlungseingang von CHF 91'859. Die Höhe des Kontos Rückversicherung AHV-Krankentaggelder war nicht budgetiert.

Beim Sachaufwand resultiert unter Zusammenzug aller Konten ein positiver Saldo von CHF 344'886. In Folge der Asbestsanierung 2012 waren nicht alle Ausstellungsvorhaben realisiert worden. CHF 180'000 kostet die nicht benötigte Miete für das externe Lager. Dieses wird erst im 2013 in Betrieb genommen.

Ausgaben für ein nicht benötigtes Lager

Bei den Vermögenserträgen resultiert unter Zusammenzug aller Konten ein positiver Saldo von CHF 15'837.

Besonderes Merkmal: die Aulavermietung, sie schliesst mit einem positiven Saldo von CHF 15'075 gegenüber dem Budget 2012 ab. Gegenüber dem Rechnungsjahr 2011 beträgt der Positivsaldo CHF 10'075. Fazit: Zunahme der Aulavermietung 16%.

Bei den Entgelten resultiert unter Zusammenzug aller Konten ein positiver Saldo von CHF 177'213.

Besonderes Merkmal: die Einnahmen der Eintrittsgebühren weisen sich mit einem positiven Saldo von CHF 52'429 gegenüber dem Budget 2012 aus. Zunahme der Eintrittsgebühren gegenüber dem Budget 2012: 19.1%.

Die Einnahmen aus den Eintritte weisen gegenüber dem Rechnungsjahr 2011 einen positiven Saldo von CHF 22'291 aus. Zunahme der Eintritte von 8.1% gegenüber dem Rechnungsjahr 2011.

Der Ertrag Warenhandel schliesst mit einem positiven Saldo von CHF 23'345 gegenüber dem Budget 2012 ab.

Gegenüberstehend dem Rechnungsjahr 2011 ergibt sich ein positiver Saldo von CHF 17'698. Zunahme Ertrag Warenhandel 12.5% gegenüber dem Rechnungsjahr 2011.

Der ONA-ordentliche Nettoaufwand bildet sich mit einem positiven Saldo von CHF 261'039 aus. Dies führt zu einem Bonus von CHF 40'500.

Jahr	Bonus /Malus	Stand Malus Jahresende
2010	CHF 11'600	CHF 147'100
2011	CHF -29'900	CHF 117'200
2012	CHF 40'500	CHF 157'700

2.5.2 Personal

Per 31. März 2013 beschäftigt das NMB (ohne drittfinanzierte Stellen):59 Personen, vakant 2 (Kurator Entomologie, Projektleitung Ausstellung), bei 3297 Stellenprozenten (HC: 3585 Stellenprozente).

Vergleich per 31. März 2012: 60 Personen, vakant 1 (Biologielaborant/Präparationsassistent). 3430 Stellenprozente (HC: 3585 Stellenprozente).

Das Kader (ab Lohnklasse 16) wurde per 1. Mai 2013 durch die Abteilungsleiterin Vermittlung & Kommunikation (im Rahmen der Neustrukturierung) verstärkt.

Momentan bildet das NMB eine Person in der Abteilung Verwaltung & Betrieb aus.

Es gab im 2012 einige Überzeit, bedingt durch Ausfälle zweier Mitarbeitender. Überzeiten werden in der Regel kompensiert. Insgesamt aber hat sich die Überzeit reduziert, da die Abteilungsleitungen sensibilisiert wurden und schneller Kompensation „verordnen“.

2.5.3 Leistungsausweitung/Leistungsabbau und Restrukturierungen

Die Angebote werden fortlaufend überprüft. Eine Ausweitung bzw. ein Ausbau des Angebots wäre aber nur mit erhöhten Personalressourcen möglich.

Restrukturierungen wurden 2012 nicht vorgenommen. Für 2013 ist die Realisation einer neuen Abteilung „Vermittlung & Kommunikation“ geplant. Da diese Bereiche mehr Gewicht benötigen, hat sich die Geschäftsleitung zu dieser Strategie entschieden; dies entspricht auch den Forderungen des Kulturleitbilds Basel-Stadt.

*Neue Abteilung für
Vermittlung und
Kommunikation wird
geschaffen gemäss
Forderungen des
Kulturleitbilds*

2.5.4 Mittelfristige Planung und Investitionsbedarf

Der Investitionsbedarf der nächsten fünf Jahre umfasst drei Schwerpunkte. Die Einrichtung der Dauerausstellungen nach Schadstoffsanierung (IP bewilligt), Umbau Einrichtung und Umzug des neuen externen Lagers (Spenglerareal Münchenstein; IP bewilligt) und die Projektierung des Neubaus St. Johann (Entscheid erfolgt durch den Grossen Rat).

*Neubau beim Bahnhof
St. Johann*

2.5.5 Kundschaft

Das NMB stellt fest, dass neue Formate wie zum Beispiel die „after hours“ auf grosse Nachfrage stossen. Nach wie vor sind aber die Dauerausstellungen im „Trend“.

Das NMB befragt die Besuchenden in unregelmässigen Abständen zu den Sonderausstellungen, um Aufschluss über die Qualität zu erhalten und um Verbesserungen zu realisieren.

Beim Thema der Kosten/Besucher-Relation zeigt auf, dass die grundsätzliche Funktionsweise eines Museums bisher zu wenig klar aufgezeigt wurde. Das Verhältnis ausgestellte Objekte zu wissenschaftlich kuratierten Sammlungsobjekten liegt im NMB bei ca. 100'000 zu 7'700'000 also bei 0.13 Promille. Daraus wird ersichtlich, dass die Kosten pro Besucher keine sinnvolle Kennzahl sein können.

Museum sieht Kosten-Besucher-Relation als problematische Grösse an

Beispiel Kosten pro Besucherin und Besucher bei der Sonderausstellung „Wildlife Photographer of the Year“

Kosten: CHF 240'000 – Besucher bis Ende April: 35'858 – Kosten pro Besucher: CHF 6.70.

2.5.6 Sponsoring, Fundraising und Public Private Partnership

Die Eigenfinanzierung des NMB liegt im Bereich von 9%. Dies betrifft einerseits die Finanzierung von Sonderausstellungen durch Sponsoren und Stiftungen. Andererseits werden für die wissenschaftliche Forschung Drittmittel von nationalen Forschungsprogrammen und in geringerem Mass auch für die Vermittlung Geld von externen Stiftungen eingeworben. Eine konkrete Vorgehensweise ist von der Trägerschaft abhängig, Gesuche folgen den Vorgaben der Zuwendungsgeber, bei Sponsoren sind direkte Kontakt für einen Erfolg ausschlaggebend.

PPP erst mit Neubau ein Thema

PPP ist in diesem Sinne momentan nicht realisierbar, eine Möglichkeit sieht das NMB in Bezug auf den geplanten Neubau.

2.5.7 Zusammenarbeit

Im Rahmen der Museumsdirektorenkonferenz (MDK), auch in der erweiterten Runde, besteht eine gute Zusammenarbeit unter den staatlichen und nicht-staatlichen Museen.

Mit Basel Tourismus gibt es nur wenige Berührungspunkte. Diese Institution informiert zwar die MDK regelmässig über ihre Projekte, eine enge Zusammenarbeit besteht aber nicht. Basel Tourismus fokussiert auf die Bereiche Kunst & Architektur, das NMB erscheint somit nicht auf dessen Radar.

Basel Tourismus konzentriert sich auf Kunstmuseen

Die Zusammenarbeit mit der Universität ist nach wie vor sehr gut. Momentan sind zwei Privatdozenten und der Direktor in der Lehre engagiert (Departement Umweltwissenschaften), ersatzweise wird der Direktor auch durch einen Kuratoren vertreten.

Enge Zusammenarbeit mit der Universität

2.5.8 Kontrollsystem

Das NMB arbeitet nach dem schweizerischen Leitfaden zum Internen Kontrollsystem (IKS)

Dieser beruht auf:

- Effektivität und Effizienz der Tätigkeit (operations)
- Verlässlichkeit der finanziellen Berichterstattung (financial reporting)
- Gesetzes- und Normenkonformität (compliance)

Im Weiteren sorgt das PD in ihrem Verantwortungsbereich für ein dokumentiertes internes Kontrollsystem.

2.5.9 Weitere Bemerkungen

Auf der Leitungsebene des NMB sind kaum Kapazitäten frei, um die Museumssicht in den nächsten Jahren in die Entwicklung und Projektierung des Neubaus einzubringen. Um einen auf die tatsächlichen Bedürfnisse des Museums ausgerichteten Neubau zu garantieren, scheint aber gerade ein intensiver Einbezug des NMB in alle Entwicklungsschritte des Neubaus unerlässlich. Die BKK hat deswegen in ihrem Bericht zum Projektierungskredit Neubau NMB festgehalten, dass dem NMB die notwendigen Ressourcen bereit gestellt werden sollen.

*Wichtigkeit der
Begleitung der
Neubauplanung durch
die Museumsleitung*

3. Generelle Bemerkungen

- Die BKK hat festgestellt, dass die Finanzkontrolle anlässlich eines Besuchs im Kunstmuseum das Vier-Augen-Prinzip als interne Kontrollmethode als mangelhaft kritisiert hat. Dies war Anlass zu grösseren Reorganisationen im Kunstmuseum. Das Vier-Augen-Prinzip kommt allerdings in anderen Museen immer noch zur Anwendung. Die BKK rät zu überlegen, ob nicht die internen Kontrollmethoden der Museen zu vereinheitlichen wären und sich zu diesem Zweck die Verwaltungsdirektionen mit der Finanzkontrolle austauschen sollten.
- Die rein quantitativen Kennzahlen sind in ihrer Aussagekraft beschränkt. Dies zeigt sich beispielsweise an den Kosten pro Besucherin und Besucher pro Ausstellung, die eine extrem weite Spanne aufweisen. Das gute Funktionieren eines Museums muss in einer Gesamtschau bewertet werden, also anhand des jeweils verschieden gewichteten Auftrags hinsichtlich Publikum, Wissenschaft, Sammeln, Bewahren, Vermitteln etc.
- Das Bonus/Malus-System wird von den Museen unterschiedlich eingeschätzt. Die nicht-freie Verfügbarkeit eines Bonus ist kein Anreiz, Eigeninitiative zu entwickeln. Es sollte überprüft werden, ob das System der Sache eines zugleich besseren Haushaltens und besseren Museumstätigkeit tatsächlich dienlich ist.
- Die Mittel, die der Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung stehen, sind klein. Gerade in diesem Bereich ist aber eine verstärkte Präsenz wichtig. In diesen Zusammenhang fällt auch die Zusammenarbeit mit Basel Tourismus, von der sich die Museen ausgeschlossen sehen, die nicht in den Bereich Kunst und Architektur fallen. Die Enttäuschung darüber ist deutlich.
- Die zuständige Subkommission besuchte das Kunstmuseum zwei Tage vor der Bekanntgabe der tiefgreifenden Sanierung des Hauptbaus. Sie erhielt dabei keinerlei Hinweise auf Verschiebungen beim Thema künftige Investitionen (Kap. 2.3.4). Zwar ist sich die BKB bewusst, dass hier einer absoluten Informationssperre Folge geleistet wurde. Sie möchte aber deutlich festhalten, dass sich die BKK bzw. ihre Subkommissionen als gleichsam kritische Freunde der Museen verstehen und diese Rolle nur dann ausüben können, wenn sie den Eindruck haben, dass die Museen ein Grundvertrauen zu ihnen haben. Deshalb sollte auch in einem Fall wie diesem nicht Informationen gegeben werden, die einen falschen Eindruck

vermitteln und die Zweckerfüllung der Subkommissionen untergraben.

4. Beschluss

Die Bildungs- und Kulturkommission empfiehlt der Finanzkommission, dem Grossen Rat folgenden Antrag zu stellen:

- Den Bericht zu den Rechnungen der fünf kantonalen Museen für das Jahr 2012 zur Kenntnis zu nehmen.
- Die Rechnungen der fünf kantonalen Museen für das Jahr 2012 zu genehmigen.

Die Bildungs- und Kulturkommission hat diesen Mitbericht zuhanden der Finanzkommission am 21. Mai 2013 einstimmig genehmigt und Ernst Mutschler zu ihrem Sprecher bestimmt.

Im Namen der Bildungs- und Kulturkommission



Dr. Oswald Inglin
Präsident